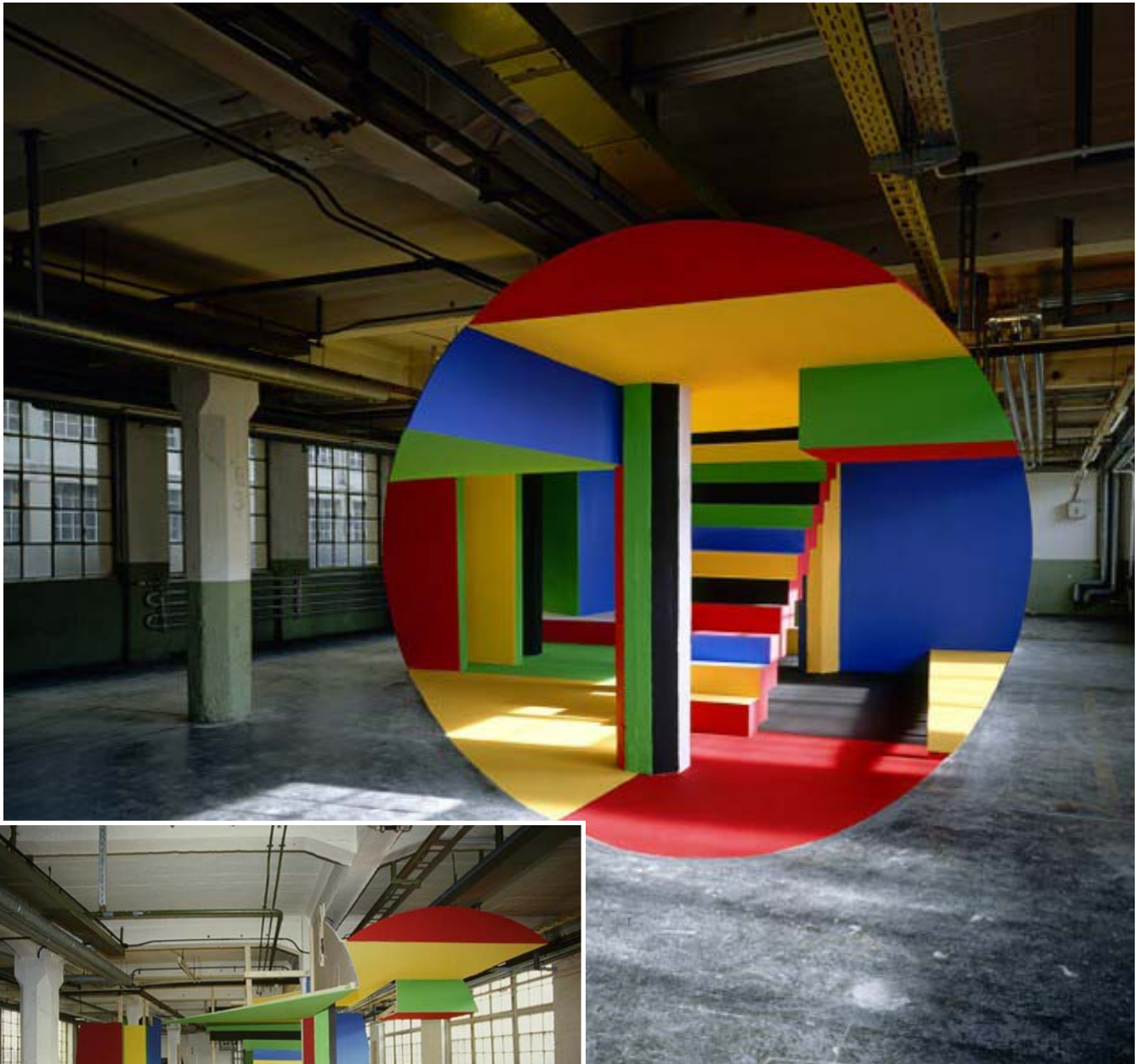


i N S I D E R

Zeitschrift der Fachgruppe Berufliche Schulen Hessen

Georges Rousse Rüsselsheim © VG Bild-Kunst 2013



Installationsansicht

LIEBE KOLLEGINNEN, LIEBE KOLLEGEN,



h offentlich gut erholt und taten-
durstig habt Ihr das neue Schuljahr
begonnen. Neben den alljährlich wie-
derkehrenden Fragen nach dem Unter-
richtseinsatz, den Klassenstärken, den
neu ankommenden Schüler/innen, der
Lehrerversorgung etc. gibt es dieses
Mal etwas ganz Besonderes, Landtags-
wahlen stehen an. Damit aber stehen
Fragen von Bildung und auch Berufli-
cher Bildung ganz vornedran.

W ie geht es weiter mit dem sog.
Übergangssystem, also mit den
Bildungsgängen zur Berufsvorberei-
tung, mit der 2-jährigen Berufsfach-
schule oder der 2-jährigen Höheren
Berufsfachschule? Werden Produkti-
onsschulen endlich auch staatlich ak-
zeptiert und gefördert? Wird jungen
Menschen ein Recht auf qualifizier-
te Ausbildung eingeräumt? Was ist mit
Selbstständiger Schule oder HESSEN-
CAMPUS?

S chauen wir uns deshalb sehr genau
die Wahlprogramme der Landtags-
parteien an, was versprechen sie, was
haben sie nicht auf dem sprichwörtli-
chen Schirm? Unter „Qual der Wahl“
auf S. 22/23 gibt es einige Hinweise
und Antworten auf die Fragen.

I n diesem Sinne grüßt Euch Euer

Dieter Freidt

Zur Titelseite

Benachteiligte Jugendliche und Kunst

S eit rund dreißig Jahren arbeitet
Georges Rousse in verlassenen
Gebäuden auf der ganzen Welt.
Er vollzieht in der real existieren-
den Umgebung seine Malerei und
nicht, wie die finalen Fotogra-
fien vermuten lassen, am Compu-
ter. Seit Jahren arbeitet Rousse in
Frankreich mit Jugendlichen zu-
sammen, die Integrationsschwie-
rigkeiten haben.

I n Rüsselsheim trat der Künst-
ler 2003 mit Auszubildenden des
AVM (Ausbildungsverbund Me-
tall) in den Dialog. Rousse gab ih-
nen die Chance mitzuproduzieren
und arbeitete zwei Wochen lang mit
ihnen zusammen. Die komplexen
Raumillusionen entstanden Hand
in Hand mit den jugendlichen Hel-
fern des AVM. Die Jungen verän-
derten unter seiner Regie die beiden
Räume, sie diskutierten, sie verwar-
fen die künstlerische Idee und iden-
tifizierten sich mit ihr.

D ie entstandenen Werke sind Teil
einer Ausstellung der Opelvillen
Rüsselsheim, die noch bis zum 27. Ok-
tober 2013 zu sehen ist.

Weitere Infos unter
www.opelvillen.de

INHALTSVERZEICHNIS

HKM-Programm zur Reform des Übergangssystems	3
news	4
Für eine ästhetische Schulumwelt	6
Gestaltung der beruflichen Bildung auf allen Ebenen	8
Revision an hessischen Schulen	9
Hessencampus	10
Qualifikation europaweit vergleichbar machen	15
Vertrauen und Teamfähigkeit entwickeln	16
hprll-intern	18
Neue Publikationen	20
Umwandlung in RSBS	21
Qual der Wahl	22
GEW fordert Fortführung von EIBE	24
Kompetenz „Gerangel“	25
Pädagogischer Albtraum?	26
17. Hochschultage Berufliche Bildung 2013	28
Militär raus aus den Schulen	29
Das EasyMetal-Projekt in Hessen	30
Der Weg zum Erfolg....	31
Veranstaltungshinweise	32

Der meiste Schatten in unserem Leben rührt daher,
dass wir uns selbst in der Sonne stehen

Ralph Waldo Emerson

Im letzten *i*NSIDER (S. 12/13) unterzog Ralf Becker das „HKM-Programm“ einer deutlichen Kritik. Diese Kritik mündete in einen Beschluss der GEW Hessen, die mit nachstehendem Schreiben an die Kultusministerin die Einrichtung eines Runden Tisches „Übergang“ fordert. Die vom 25. Juni datierte 4-seitige Antwort der Ministerin kann bei der Redaktion angefordert werden.

HKM-PROGRAMM ZUR REFORM DES ÜBERGANGSSYSTEMS

SCHREIBEN AN DIE MINISTERIN VOM 7. MAI 2013

Sehr geehrte Frau Staatsministerin Beer, die GEW Hessen hat das Papier Ihres Hauses „HKM Programm zur Reform des Übergangssystems“ vom Januar 2013 intensiv diskutiert; zuerst in der Fachgruppe Berufliche Schulen und danach auf der Landesvorstandsklausur in Gladenbach am 15. und 16. März 2013. In der Anlage senden wir Ihnen den Landesvorstandsbeschluss der GEW-Hessen zu dem o.g. Programmentwurf.

In Anbetracht der Tatsache, dass die in dem Programm dargelegten inhaltlichen Vorstellungen auf breite Ablehnung bei Arbeitgebervertretungen und Schulleitungsverbänden, bei DGB und GEW stoßen, fordern wir Sie auf,

Das HKM-Papier, der dazu gefasste Beschluss der GEW Hessen vom 16. März 2013 sowie das Konzept der GEW Hessen zur Reform des Übergangs von der Schule in den Beruf können angefordert werden bei: r.becker.gew@gmx.de.

diesen Text umgehend zurückzuziehen.

Da auch wir eine Reform des Übergangs von Schule in den Beruf für äußerst dringlich erachten, schlagen wir Ihnen die Einrichtung eines Runden Tisches „Übergang“ bei Beteiligung aller im Bereich „Übergang von Schule in den Beruf“ Agierenden vor. Dieser sollte möglichst zeitnah eine breit getragene Konzeption für die Reform des Übergangs von Schule in den Beruf entwickeln. Eine aktive Beteiligung der GEW Hessen dabei können wir Ihnen hiermit zusichern.

Birgit Koch

Stellv. Landesvorsitzende

„Ich weiß nicht, wohin Kultusministerin Beer uns führen will, aber wenn sie diese Richtung beibehält, schlage ich vor, dass sie alleine weitergeht“.

(abgewandeltes Zitat von Jean Cocteau – das Wort Gott wurde ersetzt durch Frau Beer)

GEW-SCHULGRUPPE MES ALSFELD 16. MAI 2013

Wir fordern, das Konzeptpapier „HKM-Programm zur Reform des Übergangssystems“ zurückzunehmen und unter Berücksichtigung aller Beteiligten eine Reform des Systems „Übergang von der Schule in den Beruf“ zu erarbeiten. Inhaltlich fordern wir:

- ☞ Möglichst für alle Auszubildenden die Ausbildung im Dualen System
- ☞ Für Schüler/innen, die keinen Ausbildungsplatz bekommen, eine schulische berufliche Ausbildung nach BBiG in einer neuen Berufsfachschule. Unabdingbar

- re Voraussetzung ist die Bereitstellung entsprechender Ressourcen (z.B. Lehrerzuweisung wie bei den Bildungsgängen zur Berufsvorbereitung, Sozialpädagogen wie bei EIBE)
- ☞ Keine Reduzierung der Fördermöglichkeiten an Beruflichen Schulen für diejenigen, die noch keinen Abschluss haben (z.B. BzB)
- ☞ Fortführung der EIBE-Maßnahme
- ☞ Für Schüler/innen mit besonderen Problemlagen die Schaffung eines landesweiten Produktionsschulangebotes.

Schülerentlasszahlen

Nach einer „Vorausberechnung der Schüler- und Entlassenzahlen der allgemeinbildenden Schulen in Hessen bis 2025; Heft 04/05-2013“ des Statistischen Landesamtes werden die Schülerzahlen an den allgemein bildenden Schulen von 639.106 in 2012 auf 555.557 in 2025 sinken. Näheres unter www.statistik-hessen.de.

BIBB: Neue und modernisierte Berufe zum 1.8.2013

Neue Ausbildungsberufe:

- ☞ Fachkraft für Metalltechnik
- ☞ Stanz- und Umformmechaniker/in

Modernisierte Ausbildungsberufe:

- ☞ Mediengestalter/in (Ergänzung durch neue Wahlqualifikationen)
- ☞ Fertigungsmechaniker/in
- ☞ Kfz-Mechatroniker/in
- ☞ Werkstoffprüfer/in
- ☞ Fluggeräteelektroniker/in
- ☞ Fluggerätemechaniker/in
- ☞ Milchwirtschaftliche Laboranten/in
- ☞ Orthopädietechnik-Mechaniker/in
- ☞ Weintechnologen/in
- ☞ Klempner/in.

Weitere Informationen im Internetangebot des BIBB unter www.bibb.de/neue-berufe-2013

2-jährige Ausbildung „Fachkraft Metalltechnik“ trotz Widerstand der Gewerkschaften beschlossen

Der Entwurf der Verordnung über die Berufsausbildung „Fachkraft Metalltechnik“ wurde gegen die Stimmen der Vertreter/innen der DGB-Gewerkschaften beschlossen, die sich ausdrücklich gegen eine verkürzte Berufsausbildung ausgesprochen haben. Obwohl jede Sozialvertragspartei gleichrangig ihre Interessen im Neuordnungsprozess eingebracht hat, wurden die der Arbeitnehmer/innen außen vor gelassen.

[Zur ausführlichen Bewertung der Gewerkschaften...](#)

IHK zu beruflichen Schulen

Die Arbeitsgemeinschaft der Hessischen Industrie- und Handelskammern hat in den Wahlprüfsteinen zur Landtagswahl 2013 in Hessen ange-regt, dass

- ▶ die Attraktivität der betrieblichen Berufsausbildung in allen allgemein bildenden Schulen stärker vermittelt wird
- ▶ die vollschulischen Angebote der beruflichen Schulen reduziert und so angelegt werden, dass ein Übergang in betriebliche Berufsausbildung auch während des Schuljahres möglich ist
- ▶ Angebote der vollschulischen Assistentenausbildung nur dort vor-

gehalten werden, wo keine entsprechenden dualen Angebote existieren

- ▶ und die Wirtschaft mehr betriebliche Praktika bereitstellt, um auch hierüber den direkten Einstieg in die betriebliche Berufsausbildung zu ebnet.

DGB-Jugend mit neuer Website

Die DGB-Jugend hat im Internet ein neues Gesicht. Nach einem umfassenden Relaunch können sich Schüler und Studierende sowie Auszubildende und junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter www.jugend.dgb.de über die Themen informieren, die sie unmittelbar betreffen und interessieren.

Ob Ausbildung, Studium oder die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Europa - die Website informiert kompetent und umfassend.

Regionale Jugendarbeitslosigkeit

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) stellt in seinem Wochenbericht eine zunehmende regionale Konzentration bei der Jugendarbeitslosigkeit fest. Insbesondere in westdeutschen altindustriellen Gegenden sowie in Ostdeutschland liegt die Arbeitslosenquote der Jugendlichen weit über dem Durchschnitt. Gerade in solchen Regionen sind die Quo-

te der Ausbildungsabbrecher und der Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss besonders hoch. Diese Jugendlichen laufen Gefahr, dauerhaft in einer prekären Lage verhaftet zu bleiben.

[DIW-Wochenbericht Nr.19, 2013](#) (PDF, 276 KB)

**Petition
Ausbildungsplatzgarantie
Unterrichtlich hervorragend geeignet**

Für die Forderung „Ausbildungsplatzgarantie für alle jungen Menschen“ führen GEW, Landeschülervertretung Hessen, DGB-Jugend und Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit eine Online-Petition durch, eine gute Gelegenheit, den Politikunterricht lebens- und praxisnah zu bereichern.

**Der Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ 2013/2014 startet.
Zeichen setzen gegen Rassismus und Rechtsextremismus!**

Aufgerufen sind Schüler/innen an Berufsschulen und alle Jugendlichen, die sich derzeit in einer beruflichen Ausbildung befinden. Wie der Beitrag gestaltet ist, bleibt der Fantasie der Teilnehmerinnen und Teilnehmer überlassen. Dabei gibt es viele Möglichkeiten: Reportagen, Kurzfilme, Fotostories oder Ausstellungen.

Zu gewinnen gibt es 1000 Euro für den ersten Preis, 500 Euro für den zweiten Preis und 300 Euro für den dritten Preis. Einsendeschluss für die Wettbewerbsbeiträge ist der 17. Januar 2014.

www.gelbehand.de/wettbewerb

BIBB übernimmt qualiboXX

Das Internetangebot „qualiboXX“ bietet eine Lern- und Arbeitsplattform, um die Kommunikation und die Organisation der Arbeit beim Übergang Schule – Beruf zu verbessern. Mit der

Übernahme von www.qualiboxx.de fördert das BIBB die Vernetzung sowie den Austausch zwischen Berufsbildungspolitik, Wissenschaft und Fachpraxis – zwischen schulischen Lehrkräften, ausbildendem Personal in Betrieben oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Bildungsträgern oder kommunalen Trägern.

BIBB REPORT 21/2013

Der Titel lautet:
Duale Berufsausbildung ohne Abschluss – Ursachen und weiterer bildungspolitischer Verlauf

Analyse auf Basis der BIBB-Übergangsstudie 2011 abrufbar unter:

<http://www.bibb.de/de/64317.htm>

**Hohes Verarmungsrisiko
Jugendlicher**

Der Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit hat bisher nichts daran ändern können, dass Jugendliche ein überdurchschnittliches Verarmungsrisiko haben. Im Dezember 2012 wurden trotz relativ guter Arbeitsmarktsituation über 250.000 arbeitslose Jugendliche im Alter von 15 bis 24 Jahren gezählt, doch auf Hartz IV angewiesen waren etwa drei Mal so viele junge Menschen in dieser Altersgruppe. Eine nicht gerade kleine Minderheit der Jugendlichen wächst im Hinterhof der Wohlstandsgesellschaft auf. Längst nicht alle zählen offiziell als arbeitslos. Die gesellschaftlichen und sozialen Herausforderungen bei der Integration der Jugendlichen sind beachtlich und gehen weit über die Zahl der registrierten Arbeitslosen und Ausbildungssuchenden hinaus. Dies gilt insbesondere für großstädtische Regionen.

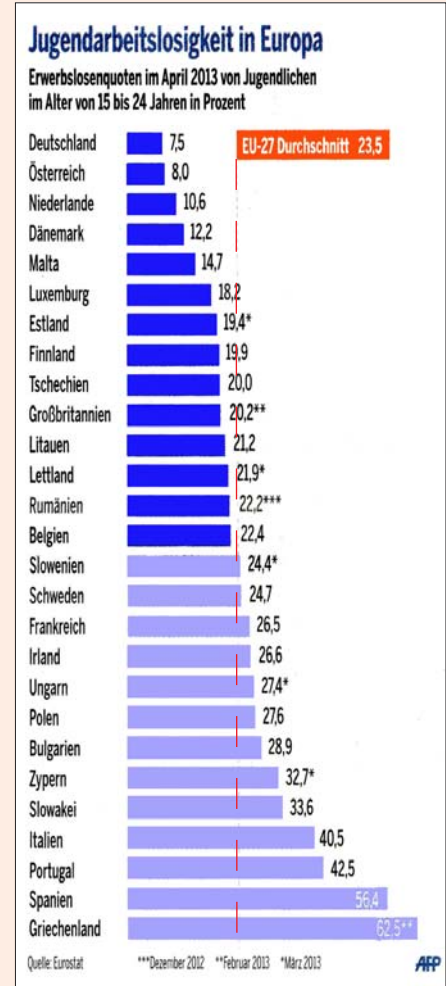
Näheres unter:
www.dgb.de/service/newsletter

(„Arbeitsmarkt aktuell“ - Newsletter Arbeitsmarktpolitik“ mit einem Häkchen markieren).

Zentralabitur

Er [Hans Peter Klein] ließ eine nordrhein-westfälische Leistungskursklausur im Fach Biologie aus dem Jahre 2009 unter Abiturbedingungen von einer 9. Klasse eines Gymnasiums bearbeiten, die das Thema vorher nicht behandelt hatte. Dennoch hätten 23 der 27 Schülerinnen und Schüler die Abiturklausur bestanden, einer sogar mit der Note „sehr gut“.

[faz.net 24.02.2011](http://faz.net/24.02.2011): [Auch ein Zentralabitur bürgt nicht für Qualität](#)



**Zusammenstellung und Ausführungen
Dieter Staudt**

FÜR EINE ÄSTHETISCHE SCHULUMWELT

Wer kennt das nicht! Vermüllte Außenanlagen, beschmierte Wände, vergammelte und verschmutzte Toilettenanlagen, deutliche Spuren von Zerstörungen – und das an Schulen, den Stätten von Bildung und Reflexion!



Für mich waren in 35 Dienstjahren an beruflichen Schulen – als Personalratsvorsitzender und später als Schulleiter – diese Vorgänge und Erscheinungen schon immer zutiefst ärgerlich und nicht tolerabel. Sicherlich können solche Missstände gezielt und systematisch im Rahmen eines Schulprogramms und Schul-Leitbildes angegangen und reduziert werden, wenn sie durch die ganze Schulgemeinde gelebt werden. An dieser Stelle sollen – davon unabhängig – einige Regeln genannt werden, die – und das ist meine langjährige Erfahrung – sofort wirken und wenig Aufwand erfordern. Zunächst aber möchte ich zu zwei Beobachtungsexperimenten animieren.



1. Experiment

Ein Stück Papier liegt in Ihrer Schule auf dem Boden, in der Eingangshalle, in einem Flur oder im Außenbereich.

Stellen Sie nun fest, wann das nächste Stück Papier (oder Müll) hinzukommt. Machen Sie das Experiment auch umgekehrt, es liegt kein Papier auf dem Boden. Was stellen Sie nun fest?

2. Experiment

Eine Wand im Außen- oder Innenbereich ist beschriftet mit z.B. „Fuck you“. Beobachten Sie nun, wie lange es dauert, bis der nächste Schriftzug hinzukommt. Machen Sie das Experiment auch umgekehrt: nachdem eine solche Schrift aufgesprüht oder aufgemalt ist wird sie sofort beseitigt. Was können Sie nun beobachten?

Erste Schlussfolgerungen.

Wo Müll ist kommt Müll hinzu und wo Papier auf dem Boden liegt vermehrt es sich auf wundersame Weise. Aufgesprühte oder aufgemalte Sprüche und Bilder fordern geradezu heraus, sie in gleicher Weise zu kommentieren. Trostlose und heruntergekommene Räume führen zu unachtsamen Verhalten und zur Flucht, kaum dass das Klingelzeichen ertönt.

Ein besonderes Beispiel: Toilettenanlagen

Vor der Sanierung unseres Werkstattgebäudes waren Verschmutzungen und Zerstörungen in den heruntergekommenen Toilettenanlagen an der Tagesordnung. Unweigerlich stellte sich uns die Frage, wie solches nach der Sanierung vermieden werden könnte.



Eine einfach erscheinende Idee führte zum verblüffenden Erfolg. Die Wände wurden mit schwarzen glänzenden Fliesen versehen (eignen sich nicht zum Besprühen oder für

Filzstifte zum Beschreiben), die Türen und Trennwände in silbergrau ausgeführt. Das Ganze sah und sieht richtig edel aus, wie in einem 4-Sterne-Hotel. Und siehe da: seit nunmehr 9 Jahren sind die Toiletten in diesem (edlen) Zustand geblieben, die dokumentierten Bilder sind im März 2013 aufgenommen worden.



Die Toiletten können jederzeit in Dieburg besichtigt werden. Inzwischen ist diese Idee schon in mehreren anderen Schulen im Landkreis umgesetzt worden, mit ähnlichem Erfolg.

In 10 Jahren Tätigkeit als Schulleiter eines großen und differenzierten beruflichen Schulzentrums in Dieburg mit 150 Lehrkräften, 2.200 Schüler/innen und 5 Gebäuden habe ich absolut positive Erfahrungen mit folgenden, einfach umzusetzenden Regeln machen können.



Regeln

1. Besprühungen und Bemalungen – innen und außen – werden unverzüglich beseitigt
2. Nach jeder großen Pause gehen die Hausmeister durch den Außenbereich und entfernen herum liegenden Müll
3. Die Lehrkräfte schauen hin und nicht weg und gehen bei Fehlverhalten auf die Schüler/innen zu



4. Auch der Schulleiter hebt vor Schüler/innen ein herumliegendes Papier auf und gibt somit ein positives Beispiel
5. Räume und Einrichtungen werden nicht nur funktional, sondern vor allem auch ästhetisch gestaltet. Damit wachsen die Hemmungen, etwas zu beschädigen oder zu verunreinigen (s. Toilettenanlagen, Wandbilder oder Ecke mit offener Bibliothek)
6. Die Schüler/innen werden bei der Gestaltung von Klassenräumen, Fluren, Aufenthaltsräumen mit beteiligt, bei der Ideenfindung und durch eigene Arbeit und Produktion. Die Sitzelemente, das Lennon-Porträt oder die Maler-Zahlenwand sind beredte Beispiele.

Natürlich sollte das Ganze durch Reflexionen in den Klassen, Aufnahme in Schulprogramm und Leitbild der Schule und dergleichen begleitet werden. Wirksamer und v.a. schneller zum Erfolg führend aber ist, wenn die o.a. einfachen Regeln konsequent und täglich befolgt werden.

Dieter Staudt

Ralf Becker (RB) ist Mitglied im Vorstand der Fachgruppe Berufliche Schulen der GEW Hessen und im Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer beim Hess. Kultusministerium (HPRLL) für die beruflichen Schulen zuständig. Auf dem Gewerkschaftstag in Düsseldorf im Juni 2013 wurde er zum Vorsitzenden der Fachgruppe Gewerbliche Schulen der GEW auf Bundesebene gewählt. Dieter Staudt (DS) vom *iNSIDER* führte mit ihm ein Interview.

GESTALTUNG DER BERUFLICHEN BILDUNG AUF ALLEN EBENEN

DS: *Vorsitzendenteam der Fachgruppe in Hessen, Zuständiger im Hauptpersonalrat und nun noch Bundesvorsitzender der Fachgruppe Gewerbliche Schulen. Ist das nicht ein bisschen viel für einen Einzelnen?*

RB: Nein! Der Fachgruppenvorsitz besteht aus einem Team gemeinsam mit Carsten Leimbach und Markus Heberling, im Hauptpersonalrat werde ich von Bettina Happ-Rohé unterstützt und mit Dagmar Heinisch-Weiser aus Brandenburg steht mir im Bundesvorsitz eine kompetente und erfahrene Stellvertreterin zur Seite. Inhaltlich ergänzen sich die Aufgaben und ich bin ja jetzt schon seit fast 10 Jahren Mitglied der Bundesfachgruppe gewerbliche Schulen und in der AG Ausbildung beim Bundesvorstand.

DS: *Was treibt Dich denn ganz persönlich, auf so vielen Hochzeiten zu tanzen?*

RB: Dem muss ich widersprechen. Es sind nicht verschiedene Hochzeiten sondern nur eine; nämlich die Gestaltung der Beruflichen Bildung. Die Arbeit am Prozess der Gestaltung beruflicher Bildung von der Rahmensetzung auf Bundesebene zur Umsetzung auf Landesebene und der Detailplanung in der Auseinandersetzung mit der Kultusadministration im HPRLL macht den Reiz für mich aus.

DS: *Was macht die Bundesfachgruppe Gewerbliche Schulen innerhalb der BundesGEW? Was kann sie bewirken?*

RB: Berufsbildung ist der einzige Bildungsbereich, der nicht in die Länderhoheit fällt. Von daher hat die Bundesfachgruppe die wichtige Aufgabe, den Vorstandsbereich „Berufliche Bildung und Weiterbildung“ zu unterstützen, um auf die Rahmensetzung für die Berufsbildung auf Bundesebene einzuwirken. Gleichzeitig dient sie für die Landesfachgruppen als Austauschgremium zu Fragen der länderspezifischen Umsetzung der Rahmenbedin-

gungen und der Ausgestaltung des Beruflichen Schulwesens.

DS: *Was sind die zentralen Herausforderungen für die beruflichen Schulen in den nächsten 15 Jahren? Welche Veränderungen sind hierzu gefragt?*

RB: Die zentralen Herausforderungen sind die Umsetzung des Rechts auf Ausbildung und der Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung, die Reform des Übergangsbereichs und die Abwehr der Ökonomisierung von Schulen durch Konzepte der „Selbstständigen Schule“. Daher muss



Von links: **Horst Linke**, bisheriger Vorsitzender der Fachgruppe gewerbliche Schulen; **Ansgar Klinger**, neuer Leiter des Vorstandsbereichs Berufsbildung und Weiterbildung; **Ralf Becker**, neuer Vorsitzender der Fachgruppe gewerbliche Schulen

die „Selbstständige Schule“ zur „Demokratischen Schule“ werden, neben dem dualen System muss ein staatliches System vollschulisch/kooperativer Ausbildung aufgebaut werden, die Berufsschule muss im dualen System gestärkt werden und das berufliche Schulwesen muss so ausgebaut werden, dass es den Bildungsansprüchen der Jugendlichen und den Bildungserfordernissen einer demokratischen Entwicklung von Gesellschaft und Arbeitswelt gerecht wird.

DS: Lieber Ralf, wir wünschen Dir für deine Tätigkeiten in den verschiedenen Funktionen gewerkschaftlichen Erfolg. Wir wünschen Dir aber auch, dass Dein Privatleben davon nicht an- oder gar aufgefressen wird.

RB: Mach dir da mal keine Sorgen. Wir machen jetzt Schluss und gehen ein Bier trinken.

Neuer Leiter Berufliche Bildung und Weiterbildung

Mit 89,8% wählte der GEW-Gewerkschaftstag den 49-jährigen Berufsschullehrer Ansgar Klinger aus Nordrhein-Westfalen zum Leiter des Vorstandsbereichs Berufliche Bildung und Weiterbildung im Hauptvorstand der GEW. Wichtige Arbeitsfelder sind für ihn die Gestaltung des Deutschen Qualifikationsrahmens, des dualen Studiums sowie des sog. Übergangssystems und eine Ausbildungsgarantie für junge Menschen. 270.000 junge Menschen, die sich im sog. Übergangssystem befinden und 2,1 Millionen Menschen zwischen 20 und 35 Jahren ohne Berufsabschluss geben genügend Grund für eine Ausbildungsgarantie. Auch im dualen Ausbildungssystem selbst sei nicht alles in Ordnung. „In der

beruflichen Ausbildung geht es uns nicht nur darum, die Jugendlichen arbeitsmarktverwertbar zu machen. Das Individuum muss im Mittelpunkt stehen“ fordert er.

Ebenso will er zu einer gewerkschaftlichen Positionierung gegenüber der in einigen Bundesländern zu beobachtenden Verselbständigung beruflicher Schulen beitragen.

Eine wichtige Aufgabe sieht er in der gewerkschaftlichen Vertretung im Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung wie im Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit.

In der Weiterbildung kritisiert er die Prekarisierung der Honorarlehrkräfte und fordert einen Mindestlohn. „Pädagogische Arbeit darf nicht arm machen“.



18. Wahlperiode

Hessischer Landtag

Drucksache 18/7536

Revision an hessischen Schulen

Kleine Anfrage des Abgeordneten Mathias Wagner (Bündnis 90/Die Grünen)

Vorbemerkung: In der Zeitschrift der Fachgruppe Berufliche Schulen Hessen „Insider“ vom Frühjahr 2013 berichtet ein Lehrer über eine Revision, die an seiner Schule durchgeführt wurde.

Ich frage die Landesregierung:

1. Was ist unter einer Revision von einzelnen hessischen Schulen zu verstehen? Was wird dabei überprüft?
2. Warum findet diese Revision unangekündigt statt?
3. Worin unterscheidet sich die Revision von einer Schulinspektion?
4. Warum konnten die Gründe, die im vorliegenden Fall der PHS in Frankfurt zur Revision geführt haben nicht durch eine Schulinspektion überprüft werden?
5. Auf welcher rechtlichen Grundlage erfolgt die Revision?
6. Wer wählt die Schulen nach welchen Kriterien aus, die einer Revision unterzogen werden?
7. Wer führt die Revision durch und auf Grund welcher Qualifikation?
8. Wie viele Schulen wurden in der laufenden Legislaturperiode einer Revision unterzogen?

Wiesbaden, den 12. Juni 2013

Nach 7 Jahren geförderte Aufbauarbeit geht HESSENCAMPUS seit 1. Januar 2013 mit den 7 Startereinrichtungen in den Regelbetrieb. Die anderen HC`s werden in den nächsten 2 Jahren folgen. Demnach ist es an der Zeit, den Blick auf den derzeitigen Stand von HC aus mehreren Perspektiven zu werfen. Wir beginnen die Darstellung aus Sicht des HKM und des wissenschaftlichen Begleiters Wilfried Kruse. Im nächsten *i*NSIDER werden wir einen gewerkschaftlichen Blick werfen und Betroffene zu Wort kommen lassen.

HESSENCAMPUS:

Ungeliebte und wirkungsvolle Reform in der Bildung für Erwachsene

Wilfried Kruse¹

Der Startimpuls

Walter Schwarz² hatte eine Vision. Und er konnte in den Jahren 2007 und 2008 viele mitnehmen, nach Wisconsin nämlich, um am Beispiel der *Technical Colleges* zu studieren, wie eine wirksame regionale Organisation der Erwachsenenbildung auch aussehen könnte. Als Berufsschulleiter und Betriebswirt hatte er allerdings einen durchaus speziellen Blick auf die Verhältnisse in Wisconsin: er bewunderte die dominante regionale Stellung der *Colleges*, die ein umfassendes berufliches und beruflich ergänzendes Angebot der Beratung für den Arbeitsmarkt, der Erwachsenenbildung, der Technologieentwicklung vorhielten, also „berufliche Kompetenzzentren“ waren, und betriebswirtschaftlich *straight* geführt wurden. Für die HESSENCAMPUS (HC) – Konzeption in Hessen allerdings war ein ganzheitlicher Bildungsbegriff grundlegend; Berufliche Bildung ist darin nur eine – wenn auch besonders wichtige – Komponente.

Schwarz fand im damaligen Landrat einen Partner, der seine Sichtweise nicht nur teilte, sondern sie im Kreis umsetzen, und das hieß auch *bauen* wollte: der Campus „Haus des Lebenslangen Lernens“ in Dreieich entstand; die – nach anfänglicher Initiative – im-



HC-Jahrestagung 19. April 2013

mer zäher und unentschlossener werdende Haltung des Landes wie auch viele Ungeklärtheiten auf Kreisebene führten dazu, dass die anfänglich auch pädagogisch inspirierte Arbeit³ im HLL/HC Dreieich ermüdete. Insbesondere Walter Schwarz erlebte dies offenkundig als eine Kette von Enttäuschungen, die es ihm nicht mehr möglich machte zu sehen, dass das 2012 erreichte HC-Modell – vor allem auch in seiner rechtlich gesicherten Potenzialität – vielfältige Berührungspunkte zu den Startvisionen aufweist, freilich gut eingebettet in die *hessischen Verhältnisse*. Also: der von Walter Schwarz mit ausgelöste Impuls hat die Landschaft der hessischen Erwachsenenbildung erheblich und nachhaltig in Bewegung gebracht.

HC: oft auf der „Kippe“

Vom Jetzt aus betrachtet erscheinen oftmals Entwicklungen, als seien sie geplant und hätten sich sachlogisch und Schritt für Schritt aufeinander aufbauend eingestellt. Die Beteiligten und diejenigen, die an HC nah dran waren wissen, dass dies bei diesem Vorhaben nie der Fall war. Vielmehr stand seine Fortführung nicht nur einmal „auf der Kippe“, ganz davon abgesehen davon, dass HC immer kritisch beobachtet und oft genug Anlass für Konflikte und Kontroversen war.

Dies hatte vor allem mit dem besonderen Charakter des Vorhabens zu tun: nämlich eine strukturelle Innovation als eine Art von *Suchbewegung* bzw. *Experiment* zu betreiben. Dazu ge-

hörten auch die internen Vorgänge im Kultusministerium selbst, das in keiner Phase dem Bild jener, wenn auch heimlichen Zielstrebigkeit entsprach, die manche ihm von außen gerne zuschrieben.

Gestartet wurde HC zwischen dem zuständigen Referat im Kultusministerium und aktiven und einschlägig interessierten Fachleuten aus Volkshochschulen, Schulen für Erwachsene und Beruflichen Schulen aus sieben hessischen Regionen. Einig war man sich auch mit dem stets konsultierten „Landeskuratorium für Weiterbildung und Lebensbegleitendes Lernen (Laku)“ über das generelle Ziel, nämlich die Stärkung der Bildung für Erwachsene. Über das *Wie?* wurde sowohl in politischer als auch in konzeptioneller Hinsicht gestritten, wobei sich rasch zeigte: als besonders *heikel* erwies sich das grundlegende Konstruktionsprinzip von HC, nämlich die möglichst enge Verknüpfung von Volkshochschulen, Beruflichen Schulen und der Schulen für Erwachsene.

Die *Achse* Volkshochschule – Berufliche Schule war aus mindestens zwei Gründen sowohl zentral als auch kritisch: weil beide Einrichtungen ihre jeweils separaten Zukunftskonzepte und –projektionen hatten und verfolgten und die zunächst wenig dauerhafte Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen im Bereich der Bildung für Erwachsene Grund gelegt werden sollte. Tradierte Systemgrenzen wurden also befragt, was für alle, die in diesem Feld tätig waren, eine erhebliche Herausforderung ausmachte⁴. Die „Kunst“ bestand und besteht darin, konzeptionell *und* praktisch dieses Verhältnis immer wieder so auszubalancieren, dass Schnittflächen bearbeitbar werden und zugleich Eigenständigkeit und Augenhöhe gewahrt bleiben.

Man kann also sagen, dass das HC-Vorhaben eher ungeliebt war, weil es nicht, wie viele Modellversuche, gewissermaßen „on top“ ansetzte, sondern die eingespielten Verhältnisse

zum Thema machte. Blickt man auf die Ganze, so gelang es durchaus wirkungsvoll⁵, den Mehrwert, der durch die neuen und eng gezogenen Kooperationsbeziehungen in den Zentren und auf Landesebene möglich wird, zu sichern. Hierzu hat sicherlich auch beigetragen, dass das zuständige Fachreferat im Ministerium in bemerkenswerter Beharrlichkeit und engagiert den einmal übernommenen Auftrag kontinuierlich betrieb.

Das Interesse der Kommunen: ein Motor für HC

Das wachsende Interesse von Kreisen und Städten an der organisierenden und aktivierenden Arbeit von HC war es aber, das einen erheblichen und dauerhaften Entwicklungsschub gab. Dies ging und geht einher mit der wachsenden Bedeutung, der Bildung von kommunaler Seite als Standortfaktor zugemessen wurde. Das entsprach dem schließlich durch die Fortführung der Aufbauförderung und ihre gleichzeitige nahezu hessenweit flächendeckende Ausweitung.

Zunehmende praktische Verankerung „vor Ort“: das war kennzeichnend für die Jahre 2010 bis 2012 – und dies trotz verringerter Fördersätze des Landes und ungeklärter Zukunftsaussichten. Lange blieb offen, ob sich HC auch nach Ende der Aufbauperiode als gemeinsames Vorhaben in *staatlich-kommunaler Partnerschaft* fortführen ließe. Zunächst wurde landesseitig festgestellt, dass mit den Beruflichen Schulen das Land als Partner in den HCs präsent bleibe.

Die nun ermöglichte und über Kooperationsvereinbarungen sich belastbar bildende Bildungs- und Trägerpartnerschaft zwischen Land und Städten und Landkreisen gewährleistet, dass die *Koordinierung* der HC – Verbünde dauerhaft finanziert und damit gesichert ist. Dies ist eine bescheidene, aber unverzichtbare Grundlage für die Zukunft von HC, darf aber nicht das

Ende der landesseitigen und kommunalen Förderung der Kooperationen im HC – Verbund sein.

HC kann also den Bedürfnissen der Menschen sowie den Zukunftserfordernissen des Standorts Rechnung tragen und so Bildung für Erwachsene als positiven Standortfaktor besser als bisher verankern und durch Synergien auch vor dem Hintergrund einer schwierigen öffentlichen Haushaltslage differenzierte und teilnehmerorientierte Bildungsangebote weiterhin bereit halten. Dies gilt insbesondere für den ländlichen Raum. Es bleibt aber noch viel zu tun: Denn dies schließt „institutionell“ auch eine gute *Einbettung* von HC in regionale Netzwerke aller Akteure im Feld der Bildung für Erwachsene ein und eine Zuordnung von HC zu einer *Regionalen Bildungs koordinierung*⁶; die Kooperation mit der *Wirtschaft*, die traditionell vor allem die Beruflichen Schulen in HC einbringen, bleibt weiter zu entwickeln und alltagsfähig zu machen. Zugleich stellt sich zunehmend die Herausforderung, Bildung für Erwachsene als wichtigen Teil des *Lebenslangen Lernens* zu verstehen und auch vor Ort die Gestaltung von Bildung insgesamt immer stärker *bildungsbiografisch* auszurichten.

Land und Kommunen als HC – Partner

Der Umstand, dass HC sich tendenziell hessenweit flächendeckend etabliert hat bedeutet, dass es sich zum dauerhaften Regelbaustein in der hessischen Landschaft der Erwachsenenbildung entwickelt. Deshalb wird man nicht mehr stillschweigend davon ausgehen können, bei HC ginge es lediglich um durch das Land mitgeförderte regionale Modelle (wie in der Rede von der „Anschubförderung“ stets unterstellt wurde).

Qualitätsentwicklung und *institutionelle Einbettung* von HC, auch unter dem Gebot der *landesweiten Gleichwertigkeit*

tigkeit der Bildungschancen für Erwachsene, ist nämlich nur dann gesichert, wenn die lokal-regionale und die Landesebene in einen lebhaften, stabilen und kontinuierlichen Prozess *miteinander eng korrespondierender Arbeit* gebracht werden. Oder anders ausgedrückt: HC bedeutet *landesweit*, dass Bürgerinnen und Bürger regionale Profile vorfinden, aber sich zugleich auf einen Angebotskern, den es überall gibt und eine landesweit gleichwertige Qualität verlassen können.

gebote sind also solche und nur solche, wo *Kooperation* drin ist. Weil durch *Kooperation* nicht nur die Kompetenzen kombiniert werden, sondern Bildung auch besser den Interessen und Lernmöglichkeiten der verschiedenen Zielgruppen entspricht. Es geht also darum, Kooperation weiter zu verstärken und auf mehr „Produkte“ als bisher auszudehnen, und zwar nicht nur auf gemeinsame Dienstleistungen, sondern auch auf einrichtungsübergreifende Bildungsangebote bzw. aufeinander

„Normalisierung“ kennt also vielfältige weitere Entwicklungs- und Konstruktionsaufgaben, die *parallel* zur alltäglichen Arbeit der HC anstehen. Auch diese Periode wird eine kritische Beratung und Begleitung brauchen.

HC kann immer im Übrigen nur so leistungsfähig sein, wie seine Komponenten leistungsfähig sind, also Berufliche Schulen, Volkshochschulen, Schulen für Erwachsene und weitere Partner. HC ersetzt deren Aufgaben nicht, sondern ergänzt sie, wirkt durch Kooperation innovativ und macht sie gemeinsam stärker.

Wie HC funktionieren könnte

Im Zwischenbericht der Wissenschaftlichen Begleitung aus dem Jahr 2010 wurde im Anschluss an einen umfangreichen Empfehlungsteil versucht, Antworten auf die Frage zu geben, wie *ein landesweit funktionsfähiger HC aussehen* könnte. Diese „Idee“ eines funktionsfähigen HC wurde nicht am Schreibtisch erfunden, sondern entstand aus einer detaillierten Analyse der bis dahin erfolgten Entwicklung und der Nähe zu den Prozessen und Akteuren. Es ist interessant zu sehen, welches *Bild* schon zu diesem Zeitpunkt entstehen konnte. Deshalb soll hier ein längerer Abschnitt aus dem damaligen Zwischenbericht folgen. Dort heißt es u.a.:

„Das „fertige HC“ kann als ein landesweites öffentliches kooperatives System lokaler Verbundorganisationen aufgefasst werden, das in gemeinsamer Trägerschaft zwischen dem Land Hessen und den hessischen Städten und Landkreisen betrieben wird. (...) Die lokale Verbundorganisation umgreift regelmäßig mindestens: Berufliche Schulen, Schulen für Erwachsene, Volkshochschulen. Diese drei Einrichtungen bleiben eigenständig und in ihren Kernaufgaben bestätigt; als Einrichtungen der Erwachsenenbildung treten sie mit ihrer spezifischen Ausrichtung und Kompetenz zugleich



HC-Jahresetagung 19. April 2013

Nach Abschluss der Aufbauperiode wird also das Thema *HC-Landes-system* auf die Tagesordnung drängen; auch hier kann an verschiedene Elemente – wie Sprecherkreis, Jahresforen, vor allem aber die Arbeit des zuständigen Referats im Kultusministerium – produktiv angeknüpft werden. Es wird also neben den regional funktionsfähigen Einheiten ein auch materiell und personell untermauertes HC – Landessystem nötig werden, das Qualität, Vergleichbarkeit, Innovation und Kooperation auf Landesebene sichert.

Auch nach „innen“ bleibt noch viel zu tun. Der „Charme“ des hessischen HC-Ansatzes liegt gerade darin, bereits bestehende leistungsfähige Anbieter in der Bildung für Erwachsene eng kooperativ miteinander zu verknüpfen; die Rede vom „Mehrwert durch Kooperation“ drückt dies aus. HC An-

bezogene Bildungsbausteine.

Dieses Feld der gemeinsamen Bildungsangebote zu bearbeiten, sie also durch Kooperation besser, anschlussfähiger und Erwachsenen gerechter zu machen und dies unter besonderer Berücksichtigung jener Zielgruppen, die bislang der Bildung ferner gestanden haben, gehört zu den wichtigen Zukunftsaufgaben. Denn: Erwachsene lernen *freiwillig*. Sicherlich ist sehr wichtig, dass sie über Bildungsberatung an jene Angebote gelangen, die ihrem Bedarf entsprechen, aber: ob es „funkt“ und sie dabei bleiben oder sich abwenden hängt stark davon ab, *was im Bildungsgeschehen selbst passiert*, fachlich-inhaltlich, methodisch und menschlich. HC ist also nicht nur organisatorische, sondern auch pädagogische Innovation.

Die nun folgende erste Periode der

in die Verbundorganisation HC ein. (...) Ein System von Kooperationsvereinbarungen regelt (...) die enge Zusammenarbeit, die auf das Ziel gerichtet ist, die Teilhabe an Bildung im Erwachsenenalter fortschreitend zu erhöhen und die Qualität der angebotenen Bildung und der diese begleitenden Bildungsdienstleistungen fortlaufend zu verbessern. (...). Die gemeinsame Einheit „HC-Koordinierung“ ist der Treiber der auf dieses Ziel gerichteten Qualitätsentwicklung, während die beteiligten Einrichtungen sich entlang ihrer Kernfunktionen weiter modernisieren und dies vor allem auch unter dem Aspekt der Anschlussfähigkeit zu den gemeinsamen HC-Aufgaben betreiben. Um dies sicher zu stellen, wird die HC-Koordinierung auf Dauer gestellt. (...) Die lokale HC-Verbundorganisation ist keine isolierte „lokalistische“ Angelegenheit, sondern Teil eines landesweiten HC-„Systems“, während zugleich die beteiligten Einrichtungen Teil ihrer jeweiligen landesweiten, auf ihre jeweiligen Funktionen bezogenen Verbände oder Arbeitsgemeinschaften bleiben. Die landesweite HC-Verbundorganisation funktioniert nach denselben Bauprinzipien wie die lokalen HCs.(...)“

An der schwierigen Schwelle zum Regelbetrieb

„U nterm Strich“ wurde und wird in Hessen mit HC im Einklang mit dem europäischen Konzept des *Lebenslangen Lernens* ein innovativer

Weg beschritten, der die Kooperation potenter Einrichtungen im Feld der Bildung für Erwachsene – in ihrem Zentrum jene in öffentlicher Trägerschaft – auf Dauer stellen soll und in diese in eine dynamische Beziehung zueinander sowohl auf regionaler als auch auf Landesebene bringt, getragen durch eine staatlich-kommunale Bildungspartnerschaft „auf Augenhöhe“. Dieser „hessische Weg“ ist auch im deutschen Bildungskontext mehr als bemerkenswert; umso nachdenklicher stimmt, wie zurückhaltend die Wahlprogramme der Parteien zur Landtagswahl in Hessen HESSENCAMPUS aufnehmen. Es bleibt zu hoffen, dass sich HESSENCAMPUS nach der Landtagswahl in einem neuen Regierungsprogramm als dynamisches Element hessischer Bildungspolitik wiederfindet.

Insgesamt schiebt sich die Frage der (potenziellen) *Wirksamkeit* von HC mit fortschreitendem Aufbau und damit auch größer werdendem bisherigen Gesamtinvestment und insbesondere beim Übergang in den *Regelbetrieb* immer mehr in den Vordergrund. Bei einer Annäherung daran ist allerdings stets zu beachten, dass es sich bei HESSENCAMPUS „nur“ um ein *Teilsystem* handelt, das im Bereich der Bildung für Erwachsene agiert; Teil ist es also sowohl in Hinblick auf die Gesamtheit der dort tätigen Akteure und Einrichtungen, als auch in bildungsbiografischer Hinsicht. Gleichwohl bleibt *Maßstab* der Wirksamkeit, ob HC die faktische Bildungsbeteili-

gung von Erwachsenen fördert und damit verbessert – insbesondere auch bei jenen, die als „bildungsfern“ gelten – und ihnen neue Optionen ihrer Berufs- und Lebensgestaltung ermöglicht werden. Die Wirksamkeit wird in rationaler Weise erreicht, wenn sich eine solche Verbesserung fortlaufend einstellt, ohne dass der Ressourceneinsatz proportional wächst.

Walter Schwarz mochte sich nicht vorstellen, wie langwierig und konfliktreich es sein würde, bis eine gute Idee in der Wirklichkeit „ankommt“. Es wird allerdings leicht unterschätzt, wie schwierig das Terrain ist, in dem sich HC bewegt: nämlich auf dem Vereinbarungswege eine neue und belastbare „Architektur“ institutioneller Kooperation zu finden, die als zentrale Achse Volkshochschulen und Berufliche Schulen und damit Kommunen und Land hat.

Hierfür sind nun Mindestrahmenbedingungen vorhanden⁸. Mehr als eine Handvoll bis Sommer 2013 bereits abgeschlossener Kooperationsvereinbarungen, verstärkt um den Start im Feld der rechtlich selbständigen beruflichen Schulen, markieren den definitiven Weg in den Regelbetrieb. Das HLL/HC Dreieck bleibt ein „Meilenstein“. Zugleich vollzieht sich, was die Aktiven dieses Prozesses betrifft, ein erheblicher Generationswechsel. Vieles wird darauf ankommen, ob die Vision einer Bildung für Erwachsene, die sich weiter öffnet und auch jene erreicht, die bislang fernab stehen, trägt und HESSENCAMPUS vor Ort und landesweit mit Leben erfüllt wird.

¹ Dr. Wilfried Kruse, bis Oktober 2012 Senior-Wissenschaftler an der Sozialforschungsstelle Dortmund, begleitete seit 2007 – in den Anfangsjahren zusammen mit einem Team der sfs – bis einschließlich 2012 das HC-Vorhaben wissenschaftlich.

² Walter Schwarz, Oberstudiendirektor, Leiter der Max-Eyth-Schule, wirkte von Beginn an aktiv im HC Dreieck mit. Er verstarb 60jährig am 17. Juni 2013. Seiner Freundschaft verdanke ich viele Einsichten.

³ vergl. hierzu : Kreis Offenbach, o.J. (2009): Haus des Lebenslangen Lernens – Campus Dreieck. leben. lernen. bilden

⁴ Zu erinnern ist hier z. B.. an die kritische Haltung der hessischen GEW und die auch hiervon ausgegangenen Impulse zur weiteren Präzisierung des HC-Ansatzes: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Hauptvorstand 2009: Dokumentation zum Workshop (Kooperation des GEW-Hauptvorstands und der GEW Hessen): „Regionalisierung von Weiterbildung und beruflicher Bildung“ vom 5. Juni 2009, Frankfurt (Main)

⁵ Der Beschluss des HC – Sprecherkreises „Eckpunkte zur Entwicklungsperspektive HESSENCAMPUS“ formulierte dann bereits im September 2008 in knappen Zügen eine gemeinsame konzeptionelle Basis, die bis heute durchträgt.

⁶ Vergl. hierzu die weit reichenden „Empfehlungen“ des Landeskuratoriums für Weiterbildung und Lebensbegleitendes Lernen vom 16. November 2008 sowie das Hessische Weiterbildungsgesetz in § 20

⁷ Wilfried Kruse, Antonius Schröder, Christoph Kaletka, Bastian Pelka 2010: HESSENCAMPUS 2007-2010. Ein Zwischenbericht aus Perspektive der Wissenschaftlichen Begleitung, Dortmund (Sozialforschungsstelle), S.179ff

⁸ Vergl. hierzu die Darstellung im Beitrag „HESSENCAMPUS: Erfolg durch Zusammenarbeit“ aus dem hessischen Kultusministerium in dieser Ausgabe

HESSENCAMPUS: ERFOLG DURCH ZUSAMMENARBEIT

*Hans-Peter Hochstätter/
Claus Müller, HKM*

Bei der Beauftragung des Hessischen Kultusministeriums mit dem Aufbau und der Konstituierung von Zentren Lebenslangen Lernens 2007 war kaum absehbar, wie sich aus einer 2003 erstmals und noch relativ abstrakt formulierten Idee im Regierungsprogramm der Hessischen Landesregierung das Verbundvorhaben HESSENCAMPUS als Partner in der hessischen Bildungslandschaft etablieren würde.

HESSENCAMPUS war zunächst ein auf Strukturaufbauförderung im Bereich der Weiterbildung angelegtes, mit finanziellen Mitteln des Landes unterlegtes, konzeptionelles und operatives Programm des Hessischen Kultusministeriums in enger Zusammenarbeit mit den beteiligten Initiativen und Kommunen. HESSENCAMPUS verfolgt seither aktiv die Intention und das Ziel, gemeinsam das System lebensbegleitenden Lernens in Hessen unter bildungsbereichs- und trägerübergreifenden Prämissen weiter zu entwickeln und die Weiterbildungsbeziehung Erwachsener zu fördern. Dabei sollen besonders auch bildungsferne Gruppen erreicht werden.

Zwischen dem Land und den Kommunen wurde eine Rahmenkonzeption für den Aufbau von auf die jeweilige Region bezogenen Verbundstrukturen zur Kooperation und Koordination der vor Ort beteiligten Weiterbildungseinrichtungen und ihrer Angebote entwickelt und schließlich mit der 2011 abgeschlossenen Rahmenvereinbarung vertraglich geregelt.

Den Kern der HESSENCAMPUS-Verbünde bilden als öffentliche Bildungseinrichtungen Volkshochschulen, Schulen für Erwachsene und Berufliche Schulen. Mittels der Verbundstruktur wird im Rahmen einer staat-

lich-kommunalen Zusammenarbeit die gemeinsame öffentliche Verantwortung für die Weiterbildung von Erwachsenen gestärkt. Dabei sind die regionalen HESSENCAMPUS-Initiativen auch für andere Anbieter und weitere bildungsbereichs- und trägerübergreifende Kooperationen offen.

Vor Ort existieren auf Basis der gemeinsamen Rahmenvereinbarungen differenzierte Modelle, die den Weiterbildungsbedürfnissen der jeweiligen Region entsprechen. Die zwischen dem Land und den Kommunen abgeschlossenen Vereinbarungen sichern bei aller Vielfalt der HESSENCAMPUS-Regionen eine landeseinheitliche Grundkonzeption und werden sukzessive durch regionale Kooperationsvereinbarungen ergänzt.

Entscheidende Weichenstellungen für die Institutionalisierung und die Überführung in den Regelbetrieb erfolgten 2011 durch die Verankerung von HESSENCAMPUS im Hessischen Weiterbildungsgesetz und durch Veränderungen im Hessischen Schulgesetz, die den selbstständigen beruflichen Schulen die Möglichkeit einräumt, Aufgaben in der Fort- und Weiterbildung wahrzunehmen. In Folge davon wurde auch der Einsatz der Lehrkräfte in diesem Bereich durch die Änderung der Pflichtstundenverordnung rechtlich geregelt. Zudem wurde die Möglichkeit eingeräumt, dass sich selbstständige berufliche Schulen in rechtlich selbstständige berufliche Schulen, d. h. in rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts, umwandeln können, wenn sie im Verbund mit HESSENCAMPUS in der Fort- und Weiterbildung tätig sind.

Die Entscheidung des Hessischen Kultusministeriums, HESSENCAMPUS nach dem Auslaufen der Aufbauförderung Ende 2014 auch in Zukunft dauerhaft zu fördern, trägt als eine wesentliche Komponente zur begonnenen Überführung von HESSENCAM-

PUS in den Regelbetrieb bei. Dies geschieht über Stellenkapazitäten, die über die Berufsschulen jedem HESSENCAMPUS zusätzlich zugewiesen werden, so dass zusammen mit der finanziellen Beteiligung der Kommunen und ggf. weiteren Ressourcen anderer Verbundpartner eine verlässliche Fortentwicklung von HESSENCAMPUS regional gesichert ist.

Die HESSENCAMPUS-Initiativen sind landesweit vernetzt, verfügen u. a. über einen Sprecherkreis und haben sich auf landesweite Qualitätskriterien zu Profil, Nutzerorientierung und Qualitätsentwicklung verständigt. Der hier lediglich im Ausschnitt dargestellte Entwicklungsprozess zeigt deutliche Zeichen einer bildungsbereichs- und trägerübergreifenden Zusammenarbeit. Dafür stehen exemplarisch das landesweit institutionalisierte Leitprojekt der HESSENCAMPUS-Bildungsberatung und erfolgreiche Koordinationsprozesse im Weiterbildungsbereich in den Regionen.

HESSENCAMPUS kann aufgrund seiner Koordinations- und Kooperationserfahrung im Bereich der Erwachsenenbildung als Motor einer sich in den Regionen bildenden umfassenden regionalen Bildungskoordination unter Federführung der Kommunen charakterisiert werden. Als Teilsystem des lebensbegleitenden Lernens kann HESSENCAMPUS jedoch nicht mit der regionalen Bildungskoordination gleichgesetzt werden, ist aber auf Basis des Hessischen Weiterbildungsgesetzes stets integraler Bestandteil davon.

Gerade die zunehmende Festigung von kommunalen Koordinationsstrukturen vor dem Hintergrund und der aktiven Beteiligung von HESSENCAMPUS stimmen für die Zukunft optimistisch: Hier ist ein Weg aufgezeigt, der weiterhin pädagogischen Erfolg und Mehrwert durch Zusammenarbeit verspricht.



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Technologie

Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



Wirtschafts-
ministerkonferenz

Gemeinsame Pressemitteilung

Berlin, 16. Mai 2013

QUALIFIKATIONEN EUROPAAWEIT VERGLEICHBAR MACHEN

BUND UND LÄNDER UNTERZEICHNEN GEMEINSAMEN BESCHLUSS ZUR EINFÜHRUNG DES DEUTSCHEN QUALIFIKATIONS- RAHMENS FÜR LEBENSLANGES LERNEN (DQR)

In Deutschland erworbene Bildungsabschlüsse und berufliche Qualifikationen werden in Zukunft europaweit vergleichbarer. Darauf haben sich die Bundesregierung und die Länder mit der Unterzeichnung eines gemeinsamen Beschlusses zum Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) geeinigt. Der Beschluss schafft die Grundlage dafür, schrittweise ab dem Sommer 2013 erworbene Qualifikationen einem DQR-Niveau zuzuordnen und dieses auf den Qualifikationsbescheinigungen auszuweisen. Von dieser Zuordnung profitieren Lernende, Berufstätige, Unternehmen und Bildungseinrichtungen gleichermaßen, denn die Wertigkeit ihrer Bildungsabschlüsse wird im europäischen Vergleich sichtbar. Bewerbungen und Jobwechsel innerhalb der Europäischen Union sollen dadurch erheblich vereinfacht werden.

„Der Qualifikationsrahmen schafft mehr Transparenz und Mobilität in Europa. Mit der gemeinsamen Zuordnung von Bachelor- und Meisterabschlüssen machen wir die Gleichwertigkeit zwischen akademischer und beruflicher Bildung deutlich und erhöhen die Durchlässigkeit zwischen den Bildungsbereichen“, sagte Bundesbildungsministerin Prof. Dr. Johanna Wanka. Bundeswirtschaftsminister Dr. Rösler unterstrich den hohen Stellenwert der beruflichen Bildung: „Die berufliche Bildung erhält durch den Deutschen Qualifikationsrahmen die ihr gebührende Anerkennung. Denn die berufliche Bildung wird besser vergleichbar und ihr hoher Stellenwert nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa besser wahrnehmbar.“

Der Deutsche Qualifikationsrahmen setzt die Empfehlung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Europäischen Qualifikationsrahmens für lebenslanges Lernen um. In einem Spitzengespräch im Janu-

Niveau	Qualifikationen
1	<ul style="list-style-type: none"> Berufsausbildungsvorbereitung <ul style="list-style-type: none"> Maßnahmen der Arbeitsagentur (BvB) Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)
2	<ul style="list-style-type: none"> Berufsausbildungsvorbereitung <ul style="list-style-type: none"> Maßnahmen der Arbeitsagentur (BvB) Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) Einstiegsqualifizierung (EQ) Berufsfachschule (Berufliche Grundbildung)
3	<ul style="list-style-type: none"> Duale Berufsausbildung (2-jährige Ausbildungen) Berufsfachschule (Mittlerer Schulabschluss)
4	<ul style="list-style-type: none"> Duale Berufsausbildung (3- und 3 ½-jährige Ausbildungen) Berufsfachschule (Assistentenberufe) Berufsfachschule (vollqualifizierende Berufsausbildung nach BBiG/HwO)
5	<ul style="list-style-type: none"> IT-Spezialist (Zertifizierter)* Servicetechniker (Geprüfter)*
6	<ul style="list-style-type: none"> Bachelor Fachkaufmann (Geprüfter)* Fachschule (Staatlich Geprüfter ...) Fachwirt (Geprüfter)* Meister (Geprüfter)* Operativer Professional (IT) (Geprüfter)*
7	<ul style="list-style-type: none"> Master Strategischer Professional (IT) (Geprüfter)*
8	<ul style="list-style-type: none"> Promotion

* Weitere Qualifikationen der beruflichen Aufstiegsfortbildung werden nach dem im „Gemeinsamen Beschluss“ beschriebenen Verfahren konsensual zugeordnet.

ar 2012 hatten sich Bund, Länder, Sozialpartner und Wirtschaftsorganisationen auf eine grundsätzliche Linie für die Einführung des DQR und die Zuordnung von Ankerqualifikationen des formalen Bildungssystems verständigt. In einem nächsten Schritt sollen auch Lernergebnisse aus dem nicht-formalen Bereich in den DQR einbezogen werden. Dazu soll eine Expertengruppe bis Ende des Jahres Vorschläge vorlegen.

Weitere Informationen finden Sie unter www.deutscherqualifikationsrahmen.de.

VERTRAUEN UND TEAMFÄHIGKEIT ENTWICKELN

Seit vielen Jahren fahren zu Beginn eines jeden neuen Schuljahres die BzB- und Eibe-Klassen im gewerblich-technischen Bereich der Landrat-Gruber-Schule in Dieburg auf eine viertägige Kennenlernfahrt mit erlebnispädagogischem Schwerpunkt nach Boos und Monzingen im Hunsrück. Organisiert wird das Programm für diese Kennenlernfahrt vom Schulsozialpädagogen, dem zuständigen Abteilungsleiter und den jeweiligen Klassenlehrer/Innen der Lerngruppen.

Für ein gelingendes Lernen ist es wichtig, dass die Klassen, die aus vielfältigen Persönlichkeiten mit unterschiedlicher Herkunft und Vergangenheit bestehen, zu ei-

ner arbeitsfähigen Gemeinschaft zusammenwachsen. Verwirklicht wird ein solches „Zusammenwachsen“ in gemeinsamen Erfahrungen, die sich aus verschiedenen erlebnispädagogischen Aktivitäten und dem „Miteinander“ zusammensetzen.

So ist es notwendig, dass die Schüler/innen, die während dieser Tage in einem Selbstversorgerhaus untergebracht sind, zusammenarbeiten und von Anfang an Verantwortung für verschiedene Aufgabenbereiche übernehmen. Dazu gehören auch „unbeliebtere“ Aufgaben, wie Kochen, Putzen und Spülmaschine ein- und austräumen. Konflikte sind hierbei unausweichlich. Konfliktfähigkeit, Kommunikationsfähigkeit und weitere soziale Kompetenzen können am besten erlernt werden, indem man den Umgang damit situativ und emotional nacherleben und reflektieren kann.

Um beispielsweise ein gemeinsames Lagerfeuer zu ermöglichen muss zuvor Holz besorgt und die Feuerstelle abgesichert werden. Arbeitsplanung, Organisation und Engagement gehen dem Spaß, der auch ein Bestandteil von Lernen darstellt, voraus. Einen Barfußpfad mit Schlammbecken zu durchqueren empfinden einige Schüler/Innen zunächst als „ekelhaft“. Trotzdem waren die Schüler/innen begeistert dabei und erprobten ihre Geschicklichkeit bei den sehr unterschiedlichen Parcours-Arten.



Neben erlebnispädagogischen Aktivitäten stehen im Rahmen der Kennenlernfahrt Vertrauens- und Kooperationsspiele sowie Sinneserfahrungen auf dem Programm.

Das gemeinsame Lösen von kniffligen Aufgaben und das gemeinsame Bewältigen von Herausforderungen sind wichtig für das Erlernen von Schlüsselqualifikationen wie Durchhaltevermögen, Teamfähigkeit, Kooperation und Mitgestaltung. Ohne Zusammenhalt und einen respektvollen Umgang miteinander ließen sich die Vertrauens- und Kooperationsspiele nicht lösen. Das gegenseitige Erkennen und Akzeptieren stellt die Hintergrundfolie für eine gute Lern- und Arbeitsatmosphäre dar. Am Kletterfelsen werden Knoten und Sicherheitstechniken eingeübt und innerhalb der Gruppe Verantwortlichkeiten und Vorgehensweisen abgesprochen. Der Schüler, der klettert, wird jeweils doppelt gesichert. Ein in den Seilen „sich einfach mal hängen lassen“, wenn es an der Wand nicht weiter geht, setzt voraus, dass ich meinen Mitschüler/innen die unten sichern, absolutes Vertrauen entgegenbringen muss.

Dies ist wiederum nur möglich, wenn ich mir sicher sein kann, dass meine Mitschüler/innen genug Verantwortungsbewusstsein haben, um mich nicht fallen zu lassen.

Ähnlich verhält es sich mit der Aufgabe, bei der mit Hilfe von Traktorreifen, Seilen und Brettern

ein Floß zu bauen ist, das die Gruppe fünf Kilometer auf der Nahe flussabwärts befördern soll. Damit „alle in einem Boot“ sitzen können müssen



und Engagement zeigen sind die Rezepte, welche die Schüler/innen zum Erfolg führen.

Entsprechend äußerten sich die Schüler/innen bei den gemeinsamen Reflexionen: „das Klettern hat uns gezeigt, wo unsere Grenzen sind“, „wir mussten unsere Angst überwinden“, „wir mussten im Team arbeiten, um zum Ziel zu kommen“, „wir hatten miteinander viel Streit, aber wir haben auch viel zusammen gelacht – es war schön“, „wir mussten im Team arbeiten, um es bis zum Ziel zu schaffen“.

Fazit: die Kennenlernfahrten ermöglichen den Schüler/innen sich auszuprobieren und ihre Fähigkeiten zu trainieren. Dadurch wird für schwierige Situationen, die im Schul- und Berufsalltag unweigerlich entstehen, schon im Vorfeld die Konflikt-, Team- und Kommunikationsfähigkeit gestärkt.

Pläne entwickelt und umgesetzt werden. Dabei kommt es immer wieder zu anfänglichen Schwierigkeiten, die es zu bewältigen gilt. Misserfolge sind Anlass zum Umdenken, zur Auseinandersetzung. Sich selbst überwinden

Durch die Gruppe soll jede/jeder Einzelne bewusster und gestärkter an ihre/seine Ziele innerhalb des Schulalltags gelangen und somit auf das Berufsleben vorbereitet werden.

Durch die immer wieder signalisierte Zufriedenheit und Begeisterung der Schüler/innen ist auch davon auszugehen, dass zumindest ein Teil von ihnen die gemachten Erfahrungen auf andere Lebens- und Alltagssituationen (Familie, Freizeit, Schule, Arbeit) übertragen kann und auch wird.



*Maria Hahn/
Reinhard Witzel*

HPRLL intern

„Abends wird der Faule fleißig!“ Nach diesem alten deutschen Sprichwort scheint das HKM zu verfahren. Kurz vor Ende der Legislaturperiode sollen noch alle Wahlversprechen schnell umgesetzt bzw. der Anschein dessen erweckt werden. Nachdem das HKM vier Jahre untätig war legte es im Januar ein Konzept zur Reform des Übergangs vor, das weder ein Konzept ist noch den Übergang reformiert (vergl. letzten insider). Kernstück des Konzepts soll die „gestufte Berufsfachschule“ sein. Die Verordnung für die FS Sozialpädagogik soll in Kraft treten, Verwaltungskräfte sollen an SBS unbefristet eingestellt und einzelne Schulen sollen RSBS werden. Hinzu kommen die ungelösten Probleme beim Lehrkräftenachwuchs.

Referendareinstellung zum 1. Mai

Von 143 Stellen konnten zum 1. Mai 2013 gerade einmal 91 besetzt werden einschließlich 18 Quereinsteigern. Fast die Hälfte (42) der LiV-Einstellungen erfolgte dabei im Bereich Wirtschaft und Verwaltung. Auch bei den FachlehreranwärterInnen sind nur 51 Plätze von 89 Stellen besetzt. Dies hat Auswirkungen auf die Arbeit an den Studienseminaren, da die Zuweisung für die Studiense-

minare sich nach den LiV-Zahlen richtet. Aber insbesondere die Schulen haben Probleme, Lehrkräfte zu finden. Was nutzt eine 105% Zuweisung, wenn noch nicht einmal Lehrkräfte da sind, um 100% qualifiziert sicher zu stellen. Die Probleme existieren nicht nur in den eher technischen Mangelfächern. Z. B. gibt es in Frankfurt kaufmännische Schulen, die unterbesetzt sind, da sie keine Lehrkräfte finden.

Umso unverständlicher ist dann, dass das HKM nicht auf den Vorschlag der GEW eingegangen ist, eine Weiterqualifizierungsmaßnahme für at FL mit den unbesetzten LiV-Stellen zu finanzieren. Die Studienseminare wären ausgelasteter, in Mangelbereichen gäbe es Nachwuchs, dem legitimen Interesse einer Lehrkräftegruppe wäre nachgekommen und es würde das HKM nichts kosten.

FS Sozialpädagogik

Die Proteste gegen die Verkürzung des Berufspraktikums haben anscheinend gewirkt. So soll nach einem Schreiben von Kultusministerin Beer an Norbert Herlein (Vorsitzender AGD) das HKM nochmals mit dem Sozialministerium geredet haben. Die „Verkürzung“ soll „optional auf Antrag des jeweiligen Studierenden erfolgen“. Erstaunlich - oder bei dieser Landesregierung auch nicht - ist, dass das offizielle Betei-

ligungsgremium, der HPRLL, über diese Entwicklung nicht informiert wurde. In einem Schreiben an die Ministerin hat sich der HPRLL über die Missachtung der Vertretung der über 60.000 hessischen Lehrkräfte beschwert und die Vorlage der neuen Fassung der Verordnung eingefordert. Diese lag vor den Ferien noch nicht vor.

„Gestufte Berufsfachschule“

Am 3. Juni stellte die Ministerin bezeichnenderweise mit IHK- und HWK-VertreterInnen - ihr Pilotprojekt „Gestufte Berufsfachschule“ der Presse vor. Die daraufhin beim Ministerium eingegangenen Proteste veranlassten dieses, schon eine Woche später am 12.6. ein Schulleitungsinfo zu versenden, in dem das Modell genauer beschrieben wurde. In der HPRLL-Sitzung am 20.6. erläuterte die Dienststelle einige offenen Fragen. Danach soll die bisherige BFS zum mittleren Abschluss durch die „gestufte BFS“ ersetzt werden. Der Zugang soll mit Hauptschulabschluss ohne Notenvorgaben erfolgen. Im ersten Jahr soll kein fester Schwerpunkt sondern eine „rollierende Fachpraxis“ in unterschiedlichen Schwerpunkten (z. B. Metall, Elektro) erfolgen. Zudem soll der all-gemeinbildende Unterricht so sein, dass nach Absolvieren des ersten Jahres und anschließender dualer Ausbildung zur Erlangung des mittleren

Abschlusses kein Zusatzunterricht in der Berufsschule mehr notwendig ist. Es soll auch keine Notenbegrenzung mehr geben für den Übergang in die zweite Stufe. Zu den Ressourcen, den Curricula und den Stundentafeln gibt es lediglich die Aussage, dass die drei Pilotschulen im Schuljahr 2013/14 jeweils eine halbe Stelle zur Verfügung haben, um eine Konzeption für die erste und die zweite Stufe und Curricula zu entwickeln. Die ersten Schülerinnen und Schüler sollen erst zum Schuljahr 2014/15 aufgenommen werden.

Den drei Pilotschulen tun gut daran, nicht zu viel Arbeit in die Konzeptionsentwicklung usw. zu stecken, zumindest bis zur Konstituierung der neuen Landesregierung, da diese das Ganze wieder stoppen kann.

Wer entscheidet über 105%?

In SchulleiterInnenversammlungen auf Schulumtsebene Ende Juni bzw. Anfang Juli verkündeten VertreterInnen des HKM, dass das Schulgesetz vor einer Verordnung gelte und somit die Schulkonferenz über die Verteilung der rechnerisch zusätzlichen Unterrichtsversorgung und der Zuweisung nach Sozialindex entscheide.

Dem war eine lange Auseinandersetzung zwischen HPRLL und HKM vorausgegangen. Zu deren Beginn hatte das HKM die Meinung vertreten, aufgrund der Pflichtstundenverordnung entscheide der Schulleiter/die Schulleiterin über die Verwendung der Stellen. Der HPRLL hat in zum Teil mühsamen Auseinandersetzungen über mehrere Sitzungen die Dienststelle vom Gegenteil überzeugt. Grundlage der HPRLL-Argumentation war, dass die von der Ministerin genannten Möglichkeiten zur Verwendung der „105%“ eindeutig der Schulprogrammarbeit zuzurechnen seien. Nach Schulgesetz entscheidet die Schulkonferenz über das

Schulprogramm auf Vorschlag der Gesamtkonferenz, gleiches gilt für die der Schule zur freien Verwendung zur Verfügung gestellten Mittel. Eine Verordnung kann aber Rechte aus einem Gesetz nicht aufheben.

SBS-Verwaltungskräfte unbefristet

In mehreren Sitzungen wurde die Frage erörtert, für welche Landesaufgaben nicht lehrendes Personal auf eine Lehrkraftstelle unbefristet an SBS eingestellt werden kann und zu welchen Bedingungen. Die erste Vorlage des Ministeriums sah lediglich Verwaltungskräfte vor. Aufgrund des Widerstands des HPRLL aber auch einzelner SBS-SchulleiterInnen wurde dies geändert in die Formulierung „zusätzliches pädagogisches Personal und nichtlehrendes Personal zur Assistenz für Landesaufgaben“. So können auch z. B. SozialpädagogInnen, BibliothekarInnen, Menschen für pädagogischen IT-Support usw. unbefristet eingestellt werden. Einschränkungen dabei sind, dass die Schulen mindestens 70 Stellen haben müssen, dass nur eine einzige Lehrkraftstelle so besetzt wird, dass die Einstellung nach höchstens E10 bzw. A10 erfolgen darf und dass Schulkonferenz bzw. Schulvorstand zustimmen.

Der HPRLL sieht dies trotz der Zugeständnisse der Dienststelle äußerst kritisch. Nach den Festlegungen des Ministeriums zur Vergütung ist es nicht möglich, Menschen mit Hochschulausbildung entsprechend ihrer Qualifikation zu vergüten. Das Ganze kommt als Einsparung daher. Wenn Schulen zusätzliche Verwaltungsaufgaben übertragen werden - was GEW und HPRLL ablehnen-, dann müssen dafür auch zusätzliche Stellen zugewiesen werden. Zu einer genauen Festlegung dessen, was Landesaufgaben von nichtlehrendem Personal seien, wollte die Dienststelle sich nicht festlegen. Die unklare

Beschreibung setzt Schulen und insbesondere Schulleitungen somit der Gefahr aus, dass im Zuge einer Überprüfung durch Rechnungshof oder Innenrevision dienstrechtliche und strafrechtliche Folgen drohen.

Mustersatzung RSBS

Im Frühjahr wurde aus einzelnen SBS-Personalräten berichtet, dass eine Arbeitsgruppe an einer Mustersatzung für RSBS arbeitet. Auf Rückfrage des HPRLL erklärte die Dienststelle, dass dies keine Arbeitsgruppe des Ministeriums sei, sondern von Schulleitern und Vertretern einzelner Schulträger. Das Ergebnis werde dem HKM zur rechtlichen Prüfung vorgelegt und dann auch mit dem HPRLL diskutiert.

Auf Nachfrage des HPRLL wurde Ende Juni vom HKM eine Mustersatzung mit der Bitte um Erörterung vorgelegt. In der letzten Sitzung vor den Ferien konfrontierte der HPRLL das Ministerium mit vielen Fragen und rechtlichen Bedenken zu vielen Formulierungen in der vorgelegten Mustersatzung. Das Ministerium nahm diese mit und es wurde vereinbart, dass der HPRLL dem Ministerium nach den Ferien eine detaillierte Aufstellung seiner Fragen und rechtlichen Bedenken zukommen lassen werde und dass in der zweiten Sitzung nach den Ferien diese dann erörtert werden. Erst nach Abschluss der Erörterung mit dem HPRLL will sich das Ministerium zu der Mustersatzung gegenüber den Schulen und den Schulträgern äußern. Zudem will das Ministerium umgehend prüfen, wie die Beschlüsse in den vier Schulen (Korbach, Bad Wildungen, Odenwald, PPC Limburg) zustande gekommen sind und ob dies dem Schulgesetz entspricht.

Ralf Becker

neue Publikationen

Roland Reichenbach **Schule ist Leben**

Plädoyer für die Institution Schule

Die Erwartungen an die Institution Schule seitens der Gesellschaft und Politik sind höchst kontrovers. Spätestens seit Pisa steht das Bildungssystem unter enormem Reformdruck, immer neue Tests und Studien wollen Leistung messbar machen. Das humanistische Bildungsideal – Bildung ist um ihrer selbst willen erstrebenswert – gerät dabei ins Hintertreffen. Roland Rei-

Für die Schule lernen wir

Roland Reichenbach

bildung
kontrovers

Plädoyer für eine
gewöhnliche Institution



chenbach, renommierter Bildungsexperte und Philosoph, setzt sich in seinem Buch „Für die Schule lernen wir“ kritisch mit dem Bildungskurs unserer Zeit auseinander und thematisiert die Sinnkrise des schulischen Lernens. ISBN 978 3 7800 4968 1

Lernen fördern – Lehrer entlasten

Die Klippert-Methodik in der Praxis

„Der 94 minütige Film will Mut machen zum schüleraktivierenden Unterricht, zum kooperativen Lernen, zum wechselseitigen Helfen und Erziehen in den Klassen, zur Pflege von Lehrerlenkung und Lehrerinstruktion, zur Lehrerentlastung und zur positiven Interpretation von Heterogenität.“ Er stellt keine „Leuchtturmschulen“, sondern ausschließlich deutsche „Normalschulen“ mit all den für den Alltag typischen Restriktionen vor. Die Filmsequenzen veranschaulichen Tätigkeits-, Methoden-, Lernpartner-, Produkt- und Aufgabenwechsel. DVD Beltz-Verlag 2013

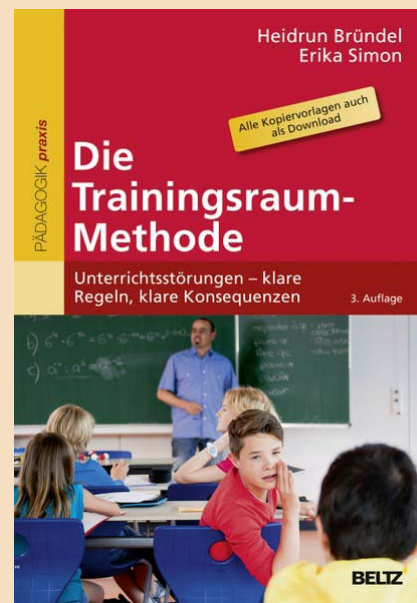
Bründel/Simon

Die Trainingsraum-Methode

Störungsfrei unterrichten und Schüler/innen zu eigenverantwortlichem Handeln motivieren: Beides leistet die Trainingsraum-Methode. Sie gibt klare Regeln und Konsequenzen vor, wodurch die Schüler/innen Orientierung erhalten und ein respektvolles Miteinander im Klassenraum ermöglicht wird.

Das erfolgreiche Buch zeigt auf, wie Fehlentwicklungen vermie-

den werden können. So führt die Trainingsraum-Methode zur Einstellungs- und Verhaltensänderung bei Schüler/innen und wird nicht als Sanktionsinstrument missverstanden.



Die Trainingsraum-Methode wird in allen Schulformen erfolgreich eingesetzt, sie ist konkret und praktikabel:

Die einheitliche Reaktion auf Unterrichtsstörungen und der aktive Umgang mit den „Störenfrieden“ motivieren zur Verhaltensänderung und zum respektvollen Umgang miteinander und führt zur Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Schüler/innen. „Jeder hat das Recht auf ungestörten Unterricht“.

ISBN 978-3-407-62881-7

UMWANDLUNG IN RSBS BRINGT DEN KOLLEGIEN VOR ALLEM NACHTEILE!

Aus der Sicht als VertreterInnen der Kollegien sind für uns Vorteile der Umwandlung unserer Schulen von Selbstständigen Beruflichen Schulen (SBS) in Rechtlich Selbstständige Berufliche Schulen (RSBS) nicht erkennbar.

- ☞ Über das sog. „Große Budget“ verfügt auch eine SBS und hat somit auch die Möglichkeit, in diesem Umfang mit Personal- und Sachmitteln nach Bedarf flexibel zu agieren.
- ☞ Die geplante 105%-Zuweisung des Ministeriums gilt für SBS wie RSBS gleichermaßen
- ☞ Bereits eine SBS verfügt über ausreichend große Entscheidungsunabhängigkeit vom zuständigen Schulamt ...
- ☞ Auch SBS haben gemäß § 127c HSchG das Recht, Fort- und Weiterbildungen anzubieten
- ☞ Fort- und Weiterbildung im Rahmen des HSchG und des Hess. Weiterbildungsgesetzes anzubieten – ohne mit privaten Anbietern in Konkurrenz zu geraten – ist nur in sehr unbedeutendem Umfang möglich. Daher ist das Argument, hierdurch könnten schuleigene Arbeitsplätze gesichert werden, nicht stichhaltig.

Darüber hinaus sehen wir folgende nachteilige Entwicklungen aus Sicht der Kollegien:

- ☞ Die Mitbestimmungsrechte der schulischen Gremien bzgl. schulwichtiger Angelegenheiten werden weiter dramatisch verschlechtert: über Haushalt, Schulprogramm, Grundsätze der Zusammenarbeit mit anderen Institutionen entscheidet dann der Verwaltungsrat

- ☞ Die Schulleiter/Geschäftsführer sind in ihren Entscheidungen den Kollegien gegenüber weitaus weniger zustimmungs- und rechenschaftspflichtig
- ☞ Angesichts der verwaltungstechnischen Anforderungen einer rechtsfähigen Anstalt (Zwischenberichte, Vorlage von Haushaltsentwürfen, Rechenschaftsberichte, Informationspflichten, Jahresabschlüsse, getrennte Buchungskreise etc.) ergibt sich ein erheblicher Mehraufwand in diesem Bereich, der von dringend benötigten Mitteln im pädagogischen Bereich abgezogen werden muss



- ☞ Auf die erweiterte Schulleitung sowie auf den Personalrat werden erheblich mehr organisationsbedingte Verwaltungs- und Organisationsaufgaben zukommen, die zulasten der schulischen Kernaufgaben gehen. Das zeigen Erfahrungen mit den RBZ in Schleswig-Holstein
- ☞ Berufliche Schulen werden in Bezug auf ihre Schulprofile und auf ihr Fort- und Weiterbildungsangebot zunehmend in Konkurrenz zu einander und zu anderen Bildungseinrichtungen geraten. Eine Situation, die zwangsläufig

auch die Kollegien zu spüren bekommen ...

Wer könnte wirkliche Vorteile aus der Einrichtung von RSBS ziehen?

- ☞ Die jeweiligen Schulleiter würden in ihrer Funktion als Geschäftsführer zusätzliche Entscheidungsmacht erhalten ...
- ☞ Rechtliche Verselbständigung der beruflichen Schule macht nur Sinn, wenn das Agieren beruflicher Schulen auf dem „Bildungsmarkt“ zum Programm erhoben wird. Dann riskiert das Land, dass die beruflichen Schulen ihre verfassungsrechtlichen Privilegien im Verhältnis zum sonstigen Dienstleistungssektor verlieren, die sie als Teil des öffentlichen Schulwesens nach Artikel 7 des Grundgesetzes genießen
- ☞ Die berufliche Bildung müsste dann in vollem Umfang nach den Regeln des Marktes funktionieren, statt nach politischen Maßgaben gesteuert zu werden. Damit wäre einer Privatisierung des Teils der beruflichen Bildung, der bisher von beruflichen Schulen erbracht wurde, Tür und Tor geöffnet – und dies scheint durchaus im Sinne von federführenden Akteuren zu sein.

Angesichts der aufgeführten Argumente können wir als Personalräte potenzieller RSBS-Schulen nach Mehrheitsentscheidung einer Umwandlung unserer Schulen in RSBS zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zustimmen.

Die Personalräte der Martin-Beheim-Schule Darmstadt und der Oskar-von-Miller-Schule Kassel

Am 22. September wird in Hessen gleichzeitig mit dem Bundestag ein neuer Landtag gewählt. Im Folgenden werden die Forderungen der GEW zur Zukunft der Beruflichen Schulen den Wahlaussagen der momentan im Landtag vertretenen Parteien gegenübergestellt.

QUAL DER WAHL 2013

Wahlprogramme im Vergleich

GEW

Die GEW Hessen fordert in ihrem Beschluss zur Zukunft der berufsbildenden Schulen unter anderem:

- ▶ Alle Jugendlichen erhalten nach 10 Schuljahren in einer gemeinsamen Schule einen qualifizierten Sek I-Abschluss (mittleren Bildungsabschluss). Lebens- und Arbeitsweltorientierung sind darin eingeschlossen. Die Berufswegeberatung sowie die Kooperation zwischen allgemein- und berufsbildenden Schulen sollen bedarfsgerecht ausgebaut werden.
- ▶ Alle Jugendliche erhalten das Recht, nach der Sek I eine vollqualifizierende Berufsausbildung nach Berufsbildungsgesetz (BBIG) dual oder vollschulisch/kooperativ oder nach Landesrecht zu absolvieren.
- ▶ Die Berufsschule im dualen System wird personell und sächlich ausgebaut. Hierzu gehört auch der volle zweite Berufsschultag mit insgesamt 16 Stunden Berufsschulunterricht pro Woche.
- ▶ Neben der dualen Berufsausbildung wird eine gleichwertige „Neue Berufsfachschule“ etabliert, die mit einem anerkannten Berufsabschluss endet.
- ▶ Die Produktionsschule ist im Schulgesetz zu verankern.
- ▶ Die Finanzierung der Berufsausbildung ist von Staat und Privatwirtschaft in kooperativer Form zu gewährleisten, wobei alle Betriebe und Verwaltungen herangezogen

werden.

- ▶ Die selbstständige Schule ist eine demokratische Schule, die pädagogisch und nicht betriebswirtschaftlich gesteuert wird. Globalbudgets lehnt die GEW ab.

CDU

Die Aussagen im Wahlprogramm sind im Vergleich zu den anderen die dünnsten. Im Wesentlichen setzt die CDU auf ein Weiter so, die Weiterentwicklung von Hauptschulen zu SchuB-Schulen und den Ausbau der Mittelstufenschule. Ein Recht auf Ausbildung wird nicht formuliert. Die CDU will die duale Ausbildung stärken durch die Umsetzung des IHK-Modells „Dual mit Wahl“. Die Selbstständige Schule in ihrer jetzigen Ausprägung soll mit verpflichtendem Qualitätsmanagement flächendeckend eingeführt werden.

In der SEK I soll „Verständnis für unternehmerisches Handeln“ gefördert werden durch intensivere Zusammenarbeit von Schulen mit der Wirtschaft. Einzig die Formulierung, dass „Fördermöglichkeiten im Laufbahnrecht für Lehrer“ entwickelt werden sollen, kann den at FL Hoffnung bereiten, dass in Bezug auf ihr Anliegen etwas passieren könnte. Darüber hinaus will die CDU den „Einsatz von pensionierten Lehrkräften in Mangel-fächern“ fördern und „ein gemeinsames Programm mit Kreisen, Städten und Gemeinden zur Sanierung der sanitären Anlagen an Schulen“ auflegen.

Einzig zum Thema Hessencampus weicht die CDU von ihrer bisherigen Regierungspolitik ab: „Ausbau

der Idee des Hessen-Campus zusammen mit Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften sowie der Erwachsenenbildung an den Volkshochschulen“, also die beruflichen Schulen und die Schulen für Erwachsene sollen nicht mehr federführend dabei sein.

FDP

Auch die FDP will verständlicher Weise die bisherige Regierungspolitik fortführen oder höchstens weiterentwickeln. So soll die Berufsorientierung durch die Mittelstufenschule und die Stärkung der Hauptschule gefördert werden, SES und SBS sollen in der jetzigen Form fortgeführt, EIBE und SchuB sollen weiterentwickelt werden.

Konsequent ist dann auch, dass ein Recht auf Ausbildung nicht formuliert wird, dass die FDP theoriegeminderte Berufe, Module und 2-jährige Ausbildungen fordert und die Aussage: „Eine Ausbildungsabgabe lehnt die FDP entschieden ab.“

Neu ist, dass die FDP Produktionsschulen unterstützen will. Die Schulaufsicht für die Beruflichen Schulen soll im Landesschulamt zentralisiert werden. Fachklassenstandorte sollen überprüft werden und in Regional-konferenzen neu festgelegt werden. Es wird an eine Vielzahl von Landesfachklassen gedacht, dass die Fahrtkosten für die Auszubildenden generell erstattet werden und dass Unterkunftsmöglichkeiten geschaffen werden.

Bündnis 90 Die Grünen

Schon ein Jahr vor der Verabschiedung ihres Regierungsprogramms

haben die Grünen unter dem Titel „Jedem jungen Menschen eine Berufsausbildung“ ein Konzept zur Reform des Übergangs vorgelegt, das in vielen Punkten identisch ist mit dem Beschluss der GEW Hessen zur Zukunft der Berufsbildenden Schulen. Dies mag daran liegen, dass zur inhaltlichen Ausarbeitung des Konzepts GEW-KollegInnen bzw. der GEW nahe stehende KollegInnen herangezogen wurden. Störend ist der darin formulierte Ressourcenvorbehalt, der von den Grünen formuliert wurde. Die Forderungen des Konzepts tauchen jedoch im Wahlprogramm nicht so ausführlich auf.

Im SEK I Bereich streben die Grünen ein 2-Säulen-Modell an mit Gymnasium und einer „Neuen Schule“ mit allen Abschlüssen bis zum Abitur. Dieses Modell soll jedoch nicht verordnet werden. Die Grünen hoffen, dass der Elternwille, der demografische Wandel und die Zeit dies automatisch bringt.

Auch die Grünen setzen auf die Selbstständige Schule mit 105% Zuweisung, SchulleiterIn als Dienstvorgesetzter, Globalbudget und Schulinspektion. Sie soll jedoch eine Demokratische Schule werden. Wie das gehen soll, wird nicht ausgeführt.

Nach dem Willen der Grünen soll die Schulaufsicht kommunalisiert werden in „kommunalen Bildungsbüros“. Die Schulaufsicht für die beruflichen Schulen soll hingegen auf Landesebene zentralisiert werden. Wie da ein regionales bzw. kommunales Übergangsmanagement erfolgreich arbeiten kann, verraten die Grünen bisher nicht.

Die Linke.

Die Linke hat parallel zu ihrem Wahlprogramm „Leitlinien für eine Reform der beruflichen Bildung in Hessen“ formuliert, die im Wesentlichen die GEW-Position wieder geben. Auch hier liegt die Vermutung nahe, dass wie bei den Grünen GEW Kolle-

ginnen federführend waren. Die Linke lehnt SBS und RSBS ab. „Bildung ist keine Ware! Die Linke wendet sich gegen alle Formen von Privatisierung und Ökonomisierung des Bildungswesens.“ Sie spricht sich gegen Personalbudgets aus. Die Schulkonferenz soll oberstes Entscheidungsgremium der Schule mit Drittelparität (SchülerInnen, Eltern, Lehrkräften) sein. SchulleiterInnen sollen auf Zeit gewählt werden, Weiterbildung an Beruflichen Schulen soll gebührenfrei sein. Die Linke will eine Schule für Alle von Klasse 1 bis 10, geht aber wie die Grünen von einem längeren Prozess bis dahin aus.

Das Recht auf Ausbildung soll ins Grundgesetz übernommen werden und zur Finanzierung eine gesetzliche Ausbildungsumlage auf Bundes- bzw. Landesebene geschaffen werden. Auf Bundesebene soll eine gesetzliche Mindestausbildungsvergütung initiiert werden. Für benachteiligte Jugendliche soll durch Initiative des Landes Hessen bundesweit ein gesetzliches Orientierungsjahr eingeführt werden. Der Berufsschulunterricht soll auf zwei Tage pro Woche mit jeweils 6 Stunden festgeschrieben werden. Darüber hinaus will sich die Linke für eine Erleichterung beim Wechsel von der Berufsin in die Hochschulbildung einsetzen.

SPD

Die SPD garantiert ein „Recht auf berufliche Qualifizierung“ für alle, auch für diejenigen jungen Erwachsenen zwischen 20 und 30, die noch keinen beruflichen Abschluss haben. Sie strebt wie die Grünen eine Reform des Übergangs an. So soll „mindestens eine Produktionsschule in jedem Schulamtsbezirk“ aufgebaut werden. Unkonkret wird es jedoch in der Frage, was mit beruflicher Qualifizierung gemeint ist, wie der Übergang reformiert und wie das umgesetzt werden soll. Die Finanzierung soll durch Umschichtungen erfolgen. Die SPD

will den Übergang in die Hochschule erleichtern und eine Mindestausbildungsvergütung einführen. Theoriegeminderte Berufe lehnt die SPD ab. „Betriebe, die keinen eigenen Beitrag zur Fachkräftegewinnung leisten wollen oder können, werden wir auf anderen Wegen an den Ausbildungskosten beteiligen.“ Nach dem Bundestagswahlprogramm soll dies dann über Branchenfonds der Tarifparteien umgesetzt werden.

Auch die SPD setzt auf die Selbstständige Schule mit Globalbudget und Personalhoheit. Aber: „Die Selbstständige Schule ist eine demokratische Schule ... Daher wollen wir die Schulkonferenz als zentrales Entscheidungsgremium stärken.“ Konkreter wird es aber nicht. Das Landesschulamt soll wieder abgeschafft werden und die Staatlichen Schulämter sollen als Unterstützungssysteme erhalten bleiben. Zur Sicherstellung eines flächendeckenden berufsschulischen Angebots will die SPD einen Landesberufsschulentwicklungsplan als Orientierungshilfe für die Schulträger auflegen.

(K)eine Wahlempfehlung

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Wahlprogramme dort enden, wo es interessant wird, bei der Umsetzung der programmatischen Ideen und bei der Ressourcenfrage. Nichtsdestotrotz ist eine Wahlentscheidung im Vergleich von Programmatik und GEW Forderungen möglich. Auch wenn bei den Wahlen Parteien an die Regierung kommen sollten, die in ihrer Programmatik den Vorstellungen der GEW Hessen nahe sind, bleibt danach noch Vieles zu tun, um die Zukunft der beruflichen Schulen in unserem Sinne zu gestalten. Nach der Stimmabgabe am 22. September geht die gewerkschaftliche Arbeit weiter bzw. fängt erst richtig an.

Ralf Becker

GEW FORDERT FORTFÜHRUNG VON „EIBE“

PM der GEW Hessen vom 18. Juni 2013

Birgit Koch, stellvertretende Landesvorsitzende der GEW Hessen, übergab heute dem Pressesprecher der Kultusministerin, Christian Henkes, über 2.000 Unterschriften für den Erhalt des wichtigen Programms zur Eingliederung in die Berufs- und Arbeitswelt (EIBE).

Dabei forderte sie Kultusministerin Beer auf: „Sichern Sie den Fortbestand der EIBE-Maßnahmen an den beruflichen Schulen. Verbessern Sie die Bedingungen für die Arbeit in den Bildungsgängen zur Berufsvorbereitung. Und sorgen Sie dafür, dass für alle Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung an den beruflichen Schulen zukünftig sozialpädagogische Betreuung als integraler Bestandteil des schulischen Alltags der Lerngruppen obligatorisch wird.“

Zum Hintergrund:

Mit der Unterschrift wurde gefordert, dass

- ☞ Die EIBE-Maßnahmen fortgeführt werden
- ☞ Die Bedingungen für die Arbeit in den Bildungsgängen zur Berufsvorbereitung an Beruflichen Schulen verbessert werden
- ☞ Für alle Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung an den beruflichen Schulen sozialpädagogische Betreuung als integraler Bestandteil des schulischen Alltags der Lerngruppen obligatorisch wird.

Die Förderperiode für das aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) unterstützte Programm EIBE endet 2014. Durch die Fördermittel werden bisher an Berufsschulen vor



allem Sozialpädagoginnen und -pädagogen finanziert sowie besondere Unterrichtsangebote realisiert.

Wenn das EIBE-Angebot nun entfiel, bedeutete dies für nahezu 3.000 Schülerinnen und Schülern in Hessen die Zerstörung gewachsener Unterstützungsstrukturen sowie eine massive Benachteiligung ihrer Entwicklungsmöglichkeiten.

„FÖRDERSYSTEM IST WEITERHIN ERFORDERLICH“

**HKM-Info an die Schulleitungen vom
12.06.2013**

„Von der Neuausrichtung der zweijährigen Berufsfachschule zum mittleren Abschluss sind die konzeptionellen Überlegungen zur Weiterentwicklung des heute aus den Bereichen SchuB und EIBE bestehenden Fördersystems zu trennen. Selbstverständlich werden in Hessen die bewährten Elemente dieses Fördersystems aufrechterhalten. Auch wird es weiterhin Schülerinnen und Schüler geben, die in Bildungsgängen zur Berufsvorbereitung gefördert werden müssen.

Diese Jugendlichen werden auch in der nächsten Förderperiode im Fokus der ESF-Förderung stehen. Auch die sozialpädagogische Begleitung dieser Jugendlichen soll hier erneut eine zentrale Rolle spielen.

SchuB und EIBE sind Projekte, die durch den Europäi-

schen Sozialfonds gefördert werden und auf einen Förderzeitraum beschränkt sind. Die Projekte haben sich bewährt und sollen auf Basis der für den neuen Förderzeitraum gültigen EU-Regularien weiterentwickelt werden, um denjenigen Schülerinnen und Schülern, die Schwierigkeiten mit der Erlangung des Hauptschulabschlusses haben, bestmögliche Unterstützung zukommen zu lassen. Es ist dem hessischen Kultusministerium ein großes Anliegen, eine nahtlose Anknüpfung zu gewährleisten, so dass dieses Stütz- und Fördersystem Kontinuität erfährt. Für die konkreten Ausgestaltungen sind die Vorgaben der EU maßgeblich. Diese werden uns erst Ende des Jahres vorliegen.“

Mein Kommentar:

Das hört sich nicht schlecht an. Offensichtlich haben die mannigfaltigen Proteste und Aktionen gefruchtet. Die o.a. Forderungen der GEW sind damit aber noch lange nicht umgesetzt. (DS)

KOMPETENZEN „GERANGEL“

**R = Referendarin,
L = gestandene Lehrerin**

- R:** Hallo, ich wollte mich mal vorstellen, ich bin die neue Referendarin, Steffi.
- L:** Ach ja, hallo, ich bin die Doris. Du kannst mich ruhig duzen. Hast Du Dich denn schon ein bisschen eingelebt?
- R:** Ja, eigentlich schon, alle sind ja hier sehr nett. Nur ist mir noch nicht richtig klar, was eigentlich genau verlangt wird. Ich hab immer Angst, ich schaff das nicht.
- L:** Ach, das ist eigentlich kein großes Problem. Du musst Dir halt ein paar mehr Kompetenzen zulegen, aber das geht ja ganz leicht.
- R:** Kompetenzen??
- L:** Ja, wir haben dazu extra in den letzten Jahren einige pädagogische Tage gemacht, und jetzt kann man das alles in diesem Ordner hier (*nimmt einen überquellenden Ordner mit leichtem Stöhnen vom Boden*) nachlesen.

Beide beugen sich über den Ordner.

- L:** Also einige Kompetenzen kennst Du ja bestimmt schon vom Studium, z.B. die Kommunikationskompetenz, die Selbstkompetenz, die Konfliktkompetenz, die Beratungskompetenz, die Einsichtskompetenz, die Lernkompetenz und – nicht zu vergessen, weil all diese Kompetenzen als einzelne ja gar keinen Sinn ergeben, die Bündelungskompetenz....
- R:** Ich dachte, bei Kompetenz handelt es sich um die Berechtigung, für etwas zuständig zu sein, also z.B. gibt es doch das Gerangel um Kompetenzen, wenn die Zuständigkeiten zwischen zwei Leuten nicht richtig abgegrenzt sind, oder

man redet doch auch von Kompetenzstreitigkeiten!?!?

- L:** Ach, da hast Du aber einen uralten Begriff von Kompetenz. Das ist ja vorsintflutlich. Ich lese Dir mal vor, was wir in unseren Qualitätssicherungs-Zirkeln herausgefunden haben: *blättert* Hier: Weinert definiert Kompetenzen so: Sie seien die bei Individuen verfügbaren oder durch sie erlernbaren kognitiven Fähigkeiten und Fertigkeiten, um bestimmte Probleme zu lösen, sowie die damit verbundenen motivationalen, volitionalen und sozialen Bereitschaften und Fähigkeiten, um die Problemlösungen in variablen Situationen erfolgreich und verantwortungsvoll nutzen zu können.
- R:** *nachdenklich* Ach so!
- L:** Ja, ich mach mal ein Beispiel: Im Studium hattest Du ja sicher nicht viel Geld, was sich (*lacht*) jetzt im Referendariat ja auch nicht allzu stark ändert. Da brauchtest Du z.B. die Sonderangebots-vergleichskompetenz oder die Günstig-aber-gut-einkaufskompetenz, wozu wiederum die Supermarktwerbung-aus-der-tageszeitung-ausschneid-und-im-einkaufskorb-mitnehmenkompetenz wichtig ist. Verstehst Du jetzt?
- R:** Naja, so langsam wird's klarer.
- L:** Hier bei uns brauchst Du zum Beispiel die Fotokopierkompetenz, die sich dann wieder unterteilt in die Vorder-und-Rückseite-kopier-Kompetenz, die Papiernachlegekompetenz und die Staubeheungskompetenz. Gegenüber den Kollegen brauchst Du Zusammenarbeitskompetenz...
- R:** Aha. Gibt es auch die das-richtige-Arbeitsblatt-Abgreif-Kompetenz??
- L:** Ja, klar, die haben wir hier als Unterkompetenz von der Vorberei-

tungskompetenz. Dann natürlich die Teamkompetenz, die Lachkompetenz, die Manchmal-auch-fünf-grade-sein-lassen-Kompetenz. Fürs Lehrerzimmer brauchst Du natürlich Stresskompetenz, Alle-Aushänge-Lese-und-befolgekompetenz, Auch-bei-schlechter-Laune-Lächeln-Kompetenz und nicht zu vergessen die am-Platzeroberungskompetenz...

In den Klassen solltest Du Dir Anleitungskompetenz, Gute-Laune-Verbreitungskompetenz, Gruppenarbeitskompetenz, Selbständiges-Lernen-Organisier-Kompetenz, ein wenig auch Fachkompetenz, Anwesenheit-kontrollier- und Dumme-Entschuldigungen-nicht-glaub-Kompetenz, vor allem aber Frustverarbeitungs-kompetenz zulegen....

- R:** Wart mal, ich hol mir mal einen Zettel und schreib mir das alles auf...
- L:** Das brauchst Du doch nicht, guck mal, wir haben das doch alles hier in dem Ordner drin, 33 Kapitel mit übergeordneten Kompetenzen, und darunter dann noch pro Kompetenz mindestens acht Unterkompetenzen in je 5 Stufen. Das alles messbar gemacht durch überprüfbare Kriterien, die ihrerseits mit Credit points bewertet werden
- R:** Credit points, die kenn ich ja schon aus dem Studium, und im Studienseminar gibt es die auch....
- L:** Ja, und das hier ist alles vom Landesschulamt analysiert, kontrolliert und zertifiziert – da kann nichts mehr passieren. *klopft auf den Ordner*
- R:** Und ich dachte, es ginge hier um Bildung.....

Marianne Friemelt

PÄDAGOGISCHER ALBTRAUM? EINE (GEKÜRZTE) REPLIK

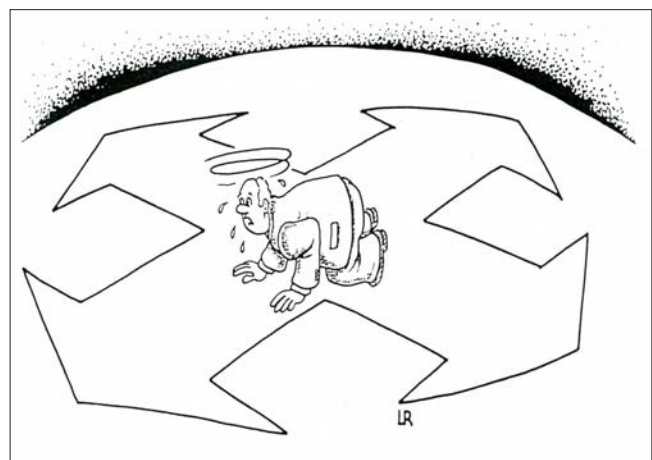
Bevor ich auf den Artikel von Reiner Jungnitsch im letzten *iNSIDER* genauer eingehe, möchte ich dem Autor einen Vorschlag machen: Es wäre doch sinnvoll, wirklich mal mit nach China zu reisen und eigene Erfahrungen dort zu machen. Ich kann ihm versichern, dass China eine Menge Überraschungen bietet, die er sich sicherlich nicht erträumen würde.

Was verstehen wir von China? Was können wir verstehen von einem Land, in dem mehr als 1,3 Mrd. Menschen gleichzeitig versuchen, den Weg in eine menschenwürdige Zukunft zu gehen. In dem in den letzten 30 Jahren 300 Millionen Menschen vom Land in die Städte gedrängt sind, und in dem in den nächsten 30 Jahren noch einmal 300 Millionen Menschen ihren Weg in die Ballungszentren antreten werden? Wovon sollen diese Menschen leben? Wo und was sollen sie arbeiten? Wie sollen Sie ihren Kindern eine Zukunft sichern? Ist es angesichts solch existentieller Fragen tatsächlich fair, mal eben von den „fragwürdigen Segnungen des Kapitalismus“ zu sprechen? Ja, natürlich gibt es auch in China in manchen Arbeitsbereichen Verwerfungen wie kapitalistische Gewalt und Ausbeutung, wie übrigens, als Folge des immensen internationalen Kostendrucks gerade im Niedriglohnsektor, in allen anderen Schwellenländern auch (und zwar oft gerade dort, wo westliche Firmen ihre Aufträge abarbeiten lassen). Gleichzeitig bedeutet dies aber auch, dass zum ersten Mal überhaupt für Hunderte von Millionen Menschen in China eine echte Chance besteht, dem Elend, der Armut und der oft unbeschreiblichen Knechtschaft eines Lebens auf dem Lande zu entfliehen. Wenn heute ein einfacher Wanderarbeiter in Chinas Städten ungefähr 100 bis 150 Euro pro Monat nach Hause bringt, so ist

das immer noch das zwei- oder dreifache von dem, was er auf dem Lande mit noch längeren Arbeitszeiten verdienen könnte. Und hat der Westen nicht Jahrhunderte lang, und teilweise bis heute, für die Durchsetzung der kapitalistischen Wirtschaftform Kriege geführt, Kulturen zerstört, Diktatoren gefördert und jeden Hauch von Selbstbestimmung und Eigeninitiative in anderen Teilen der Welt mit gnadenloser Gewalt unterdrückt? Und kaum erhebt sich ein Land aus dieser Umklammerung und sucht seinen eigenen Weg aus der Armut, fällt uns nichts Besseres ein, als die moralische Keule zu heben, unsere eigene Geschichte zu vergessen und plötzlich von den „fragwürdigen Segnungen des Kapitalismus“ zu sprechen.

Eine globale Verurteilung der sicherlich nicht einfachen Verhältnisse in China ist natürlich leichter als eine ehrliche Auseinandersetzung mit den Menschen dort. Die Eingeschränktheit medialer Aussagen, auf die sich der Autor ja explizit in seiner Beurteilung stützt, scheint noch keine tieferen Erkenntnisspuren hinterlassen zu haben (denn die Medien sind selten neutral, sondern bedienen sich der Sprache als Machtinstrument zur Perpetuierung und Verstärkung sowieso schon vorhandener Konsensmeinungen, so eingeschränkt oder sogar falsch diese auch sind). Was soll man denn z.B. davon halten, wenn in fast allen deutschen Medien von China als „Umweltständer Nr. 1“ gesprochen wird, obwohl immer noch jeder US-

Amerikaner für viermal und jeder Deutsche für doppelt soviel Treibhausgas wie ein durchschnittlicher Chinese verantwortlich ist. Wenn eine eigentlich sehr gut gemachte Dokumentation über Chinas Rolle in Afrika den tendenziösen Titel „Und ewig lockt das Öl. Chinas Griff nach Afrika“ trägt, obwohl es doch gerade Europa ist, das nach wie vor ganz vorne dabei ist bei der Ausbeutung der afrikanischen Ressourcen, die chinesische Seite in vielen afrikanischen Staaten aber wenigstens für eine funktionierende Infrastruktur sorgt. Tatsächlich ist der ganze Artikel ein Widerspruch in sich: Einerseits wird davon abgeraten, dass sich Schüler ein eigenes Bild machen, wirklich in Kontakt treten mit dieser großen Unbekannten, andererseits ist der Autor selbst gefangen in einer Sichtweise, die nur aus Zweiter-Hand-Information besteht. Sollen Schüler und Lehrer denn tatsächlich dem Autoren folgen und sich zufrieden geben mit dieser Art von Information? Einerseits fordert der Autor, dass „das so massiv in unseren Alltag eingedrungene ‚Made in China‘ [...] nicht von einem wirtschaftlichen Logo zu einem vermeintlich nötigen pädagogischen Handlungsmotiv umetikettiert“ werden darf, andererseits verlangt er aber in seinem Artikel nichts anderes, als dass die Schüler genau auf dem



Niveau „Made in China“ verharren und sich nicht selbst ein Bild machen sollen, woher eigentlich diese Waren kommen und wie es in China tatsächlich aussieht.

Gerne wüsste ich auch, woher der Autor sein Wissen nimmt, dass „man den schulischen Alltag“ in China allein „mit dem Wort ‚Drill‘ umschreiben“ sollte? Ganz davon abgesehen, dass ich die Erfahrung gemacht habe, dass unsere Schüler es sehr interessant finden, einmal ein ganz anderes Schulsystem kennen zu lernen (ja, und ich finde, wir alle können uns das mal anschauen, ohne unser „mühsam erarbeitetes schulisches Leitbild“ gleich in Frage zu stellen), ist das Wort „Drill“, wie meistens, nur die halbe Wahrheit. Tatsächlich gibt es eine alte konfuzianische Tradition, die das Lernen und den Respekt für den Lehrer in den Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens rückt. Die Schule wird für die chinesischen Schüler (und auch Lehrer) in einem ganz anderen Maße, als wir uns das vorstellen können, zum Lebensmittelpunkt. Das ist zunächst einmal nichts Verwerfliches. Zudem spielen im Konfuzianismus, der in starkem Maße die gesellschaftlichen Ideale in ganz Ostasien geprägt hat, nicht nur Pflichtgefühl und Sittsamkeit eine große Rolle, sondern auch Humanität, Ehrlichkeit und der Mut, sich gegen die Regierenden zu stellen, wenn es nötig sein sollte. Nicht umsonst gibt es in China zur Zeit landesweit jährlich fast 100.000 große und kleine Proteste sowie eine große Anzahl von NGOs. Die meisten Chinesen haben eine ganz ausgeprägte eigene Meinung zu den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen und denken nicht so gleichförmig, wie es in den deutschen Medien gerne dargestellt wird. Da stellt sich mir die Frage, warum der Autor sich so sehr davor fürchtet, dass unsere Schüler „ein anderes Menschenbild“ kennen lernen? Oder um es mal anders auszudrücken:

Ist es nicht ein wenig anmaßend, angesichts einer Hochkultur wie China, in der Fragen der Erziehung seit mindestens 2500 Jahren diskutiert wurden, von einem „Gefälle“ in Sachen Bildung und Pädagogik“ zu reden und damit ja offensichtlich das deutsche Bildungssystem als dasjenige darzustellen, an dem die Welt (und vor allem natürlich China) genesen sollte?

Zurecht wird in dem Artikel der Austausch mit den EU-Nachbarn empfohlen – aber würden die Schüler dort nicht auch ein anderes pädagogisches System, ein anderes Menschenbild kennen lernen? Und ist nicht genau das der Grund, weswegen wir überhaupt den Austausch mit anderen Kulturen fördern und anregen? Wer würde es sich denn tatsächlich anmaßen zu bestimmen, „wie viel ‚Kontrast-Erfahrungen‘ [...] wir letztlich unseren Schülern zumuten“ dürfen? Und wer sagt, dass die Schüler einen Austausch mit einer italienischen oder spanischen Schule nicht als eine ebenso große Kontrast-Erfahrung empfinden wie den Austausch mit einer chinesischen Schule? Und letztlich ist es doch ganz einfach: Wer England kennen lernen will, muss nach England gehen. Und wer China kennen lernen will, sollte wohl am besten nach China und nicht nach England gehen.

Als letzten Punkt möchte ich die Frage der Menschenrechte aufgreifen, die im Artikel auch angesprochen werden. Es wäre natürlich dumm zu leugnen, dass es Probleme in diesem Bereich gibt. Aber die Frage ist doch: Warum soll das Kind gleich mit dem Bade ausgeschüttet werden? Meiner Meinung nach bringt es doch viel mehr, wenn wir mit der chinesischen Seite über Tibet, die Uighuren, die Stellung Taiwans oder Ai Weiwei diskutieren und ihnen die deutsche Sichtweise auf diese Problemfelder erläutern, als wenn wir den Kontakt komplett ablehnen und so natürlich

weder unsere eigene Sichtweise darstellen noch die Motive hinter der anderen Sichtweise kennen lernen können.

Ich denke, dass es am Ende doch vor allem darum geht, anderen Kulturen gegenüber Respekt zu zeigen. Wie wollen wir denn entfernte Kulturen kennen lernen, wenn wir uns nur auf die oft einseitige Berichterstattung der Medien verlassen, ohne loszugehen und uns selbst ein Bild zu machen? Das heißt für den Schulalltag: Ein Austausch mit China muss vorbereitet werden, am besten, indem Chinesisch als Schulfach angeboten, mindestens aber eine Chinesisch-AG aufgebaut wird. Nur auf diese Weise kann meiner Meinung nach der Weg geebnet werden in das komplexe symbolische System dieser, trotz aller Globalisierung, immer noch weit entfernten Welt. Und wenn dann die Schüler nach einer gewissen Zeit der Auseinandersetzung, vielleicht nach dem Besuch Chinas oder nachdem sie einen chinesischen Gast Schüler aufgenommen haben, das Gefühl haben, China, und damit einen wichtigen Teil Ostasiens, jetzt schon wesentlich besser als vorher zu kennen, dann haben wir alle, wie ich finde, viel gewonnen. Denn Empathie, die wir so dringend benötigen, erwächst nur aus Kenntnis.

Es wäre wahrlich ein pädagogischer Albraum, wenn auch im 21. Jahrhundert immer noch verhindert würde, dass sich interessierte Schüler und Lehrer auch außerhalb Europas umschauen, statt diese Gegenden nur mit dem Finger auf der Landkarte kennen zu lernen. Diese Haltung hätte mit „verantwortlichem Gestalten unserer Schulen“ nur wenig zu tun.

*Jens Hürter (Chinesischlehrer)
Hessenkolleg und
Friedrich-List-Schule Kassel*

Die Langfassung des Artikels kann bei der Redaktion angefordert werden.

17. HOCHSCHULTAGE BERUFLICHE BILDUNG 2013

In diesem Jahr fanden die Hochschultage mit dem Motto „Zukunft der Arbeit – Arbeit der Zukunft“ an der Universität Duisburg-Essen statt. Dafür verantwortlich zeichnete Prof. Dr. Münk mit seinem Team, vielen von uns als Hochschullehrer an der TU Darmstadt noch in Erinnerung. Auch diese Großveranstaltung in Essen eröffnete wieder die Möglichkeit, alte Bekannte zu treffen, die sich über die Berufspädagogik definieren. Ferner verstanden sich die Akteure auf den HT in diesem Jahr wieder als Impulsgeber in der Hoffnung, dass der Innovationscharakter in der Berufsbildung erhalten bleibt.



Prof. Dr. Heister vom Bundesinstitut für Berufsbildung referierte unter dem Titel „Berufsbildung und Diversität“ zu den spürbaren Veränderungen der Zielgruppe im Bereich der beruflichen Bildung und die damit verbundene und notwendige Diversität. „Ausbildungsbetriebe müssen sich in immer höherem Maße auf Auszubildende mit sehr unterschiedlichen Voraussetzungen einstellen. Dies bezieht sich beispielsweise auf stark voneinander abweichende Kenntnisse in Mathematik oder Rechtschreibung. Es beinhaltet aber auch die zunehmende Einbeziehung von Menschen mit Migrationshintergrund in die berufliche Ausbildung. Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels sind die Betriebe daher aufge-

rufen, sich den Jugendlichen sehr individuell und differenziert zu widmen. Öffentlich finanzierte Fördermaßnahmen, wie etwa ausbildungsbegleitende Hilfen oder Berufseinstiegsbegleitung, können hier wertvolle Unterstützung leisten“, so seine Message.

Der Beitrag im Chemie-Workshop von Frau Dr. Schultheis und Herrn Dr. Rotthues, beide von der Frankfurter Paul-Ehrlich-Berufsschule und Dan Löwenbein spannen den Bogen über zwei scheinbar unabhängige Themen unter dem Titel „Der zweifache Blick ins eigene ICH“. Darin ging es um das Erarbeiten des eigenen genetischen Fingerabdrucks und um den Workshop zur „Eigen- und Fremdwahrnehmung“. Beide Workshops werden im Rahmen der XENOS-Maßnahme mit SchülerInnen wie auch mit Lehrkräften in Hessen in der vorberuflichen und beruflichen Bildung durchgeführt. Es sollen komplexe Zusammenhänge mit innovativen Methoden vermittelt werden, die Betroffenheit erzeugen und das Neugierverhalten wecken. Beide Ansätze helfen bei der Vermittlung dieser Zusammenhänge sowohl in der Biochemie als auch in der pädagogischen Psychologie – ein Ansatz, der die Teilnehmer/innen auf den Hochschultagen faszinierte.



Im Mittelpunkt der Beiträge von Frau Prof. Dr. Friese, Universität Gießen, standen die Konzepte der Arbeitslehre und die Bedeutung der Geschlech-

terforschung für die Didaktik der Arbeitslehre. „Analysen des empirischen Wandels der Gesellschaft sowie Bezug zu historisch gewachsenen Konzepten von Arbeit, Bildung und Beruf unter Berücksichtigung des Geschlechterverhältnisses sollen auf didaktische Konzepte zur Berufswahl und Berufsorientierung sowie zur Lebensweltplanung von Jugendlichen im Übergangssystem bezogen und mit Ansätzen für Genderkompetenzen und Professionalisierung des Lehrpersonals verbunden werden.“



Die konzeptionelle Neugestaltung einer geschlechterreflektierten Arbeitslehredidaktik kann nicht ohne diese Analysen funktionieren.

„Inklusion als Herausforderung für Professionalisierung“ war das Thema von Prof. Dr. Rützel von der TU Darmstadt. Er betonte, dass die inklusive (Berufs-)Bildung für uns alle von Nutzen sei und nicht nur für Menschen mit Handicap. Zum Selbstverständnis von Professionswissen und -handeln gehöre die Beschäftigung mit diesem Thema, denn nur so könne Inklusionsverständnis erlangt werden. Dafür sollten neue Standards erarbeitet werden, was sich begründet aus den neuen Anforderungen, den Wissensbeständen und Handlungsmöglichkeiten auf regionaler Ebene, vor allem im Bereich der Lehrerbildung und der beruflichen Schulen, so Prof. Dr. Rützel.

Aaron Löwenbein

MILITÄR RAUS AUS DEN SCHULEN!

Am 8. Mai dieses Jahres wurde bekannt: die Käthe-Kollwitz-Schule in Offenbach soll zusammen mit zwei anderen Schulen den Aachener Friedenspreis erhalten, weil sie der Bundeswehr den Zutritt zur Schule verwehrt.

Im Kollegium herrscht große Freude. Denn wir haben gute Gründe für unsere Haltung. Gleichzeitig betrachten wir den Preis als Anerkennung und Rückenstärkung für unsere Auseinandersetzung mit einer Schulleiterin, die die Meinung des Kollegiums am Liebsten totschweigen will. Ein Blick zurück.

Im März des Jahres 2011 befasst sich die Gesamtkonferenz auf Initiative der GEW-Schulgruppe mit der zunehmenden Militarisierung der Gesellschaft. Der Einsatz der Bundeswehr im Inland, die immer stärkere Unterordnung ziviler Hilfsorganisationen unter das Kommando der Bundeswehr („Heimatschutz“), der Einsatz der Bundeswehr in aller Welt zur Sicherung der Rohstoffversorgung und schließlich der massive Zugriff der Militärs auf die Jugend, um sie für diese Ziele zu gewinnen – das waren die Themen, mit denen wir uns auf der Konferenz auseinandersetzten. Als Ergebnis dieser Diskussion fassen wir dann mit 1 Gegenstimme und 9 Enthaltungen den Beschluss:

Die Gesamtkonferenz lehnt die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Hessischen Kultusministerium und der Bundeswehr ab und will keine Jugendoffiziere an der Käthe-Kollwitz-Schule haben.

Ein Tag später übernimmt die Schulkonferenz (einstimmig) diesen Beschluss und begründet ihn: *Die Bundeswehr ist keine Verteidigungsarmee mehr, wie vom Grundgesetz vorgesehen. Sie ist eine Armee im Einsatz und dient den Interessen der Wirtschaft, wie der „Sicherung der Rohstoff- und Warenströme, der Transportwege“ und vielem mehr – so als offizielle Regierungspolitik festgeschrieben im Weißbuch der*

Bundesregierung im Jahre 2006. Wir wollen nicht, dass unsere Schülerinnen und Schüler für einen Krieg gegen andere Völker rekrutiert werden. Und wir wollen auch nicht, dass sich die Bundeswehr als friedensschaffende Kraft anpreisen kann. Deshalb lehnen wir es ab, dass Jugendoffiziere der Bundeswehr an die Käthe-Kollwitz-Schule kommen und stellen uns damit einer immer stärkeren Militarisierung der Gesellschaft entgegen.

Die GEW-Schulgruppe macht die Beschlüsse bekannt und informiert auch bundesweit. Wir werden als Redner zu Veranstaltungen eingeladen und um Rat gefragt. So werden schließlich auch die Initiatoren des Aachener Friedenspreises auf uns aufmerksam.



Die neue Schulleiterin, die kurz nach unserer Diskussion an die Käthe-Kollwitz-Schule kommt, tritt zunächst nicht offen gegen unsere Beschlüsse auf. Eine Anfrage der Initiative „Bertha ohne Militär“ (die gegen die regelmäßigen Auftritte der Bundeswehr an der Bertha-von-Suttner-Schule in Mörfelden-Walldorf mobil macht) wegen eines Referenten für eine Veranstaltung unterschlägt sie dem Kollegium dann allerdings. Wochen später wird uns diese dennoch bekannt und wir stellen die Schulleiterin in der Gesamtkonferenz zur Rede. Das endet schließlich darin, dass die Initiative eine Absage bekommt und uns untersagt wird, im Namen der Käthe-Kollwitz-Schule an der Podiumsdiskussion teilzu-

nehmen. Wir fahren trotzdem hin, sind auf dem Podium und machen neben unserer Haltung auch das Verbot bekannt. Als die Medien im Mai dieses Jahres schon bundesweit über die Verleihung des Friedenspreises berichten, versucht die Schulleiterin, dies dem Kollegium und der Schülerschaft zu verschweigen. Unsere Beschlüsse sind bis heute nicht auf der Homepage der Schule zu finden. Aber unser Kollegium lässt sich nicht kleinkriegen.

Wir stecken heute mitten drin in der dritten Weltwirtschaftskrise. Ein Ende ist nicht in Sicht. Und wir wissen, wie der Kapitalismus seine ersten beiden Weltwirtschaftskrisen gelöst hat: mit zwei Weltkriegen. Millionen von Menschen mussten für die Profitgier des Kapitals sterben, ganze Länder wurden verwüstet. Heute nun wird das Militär in die Schulen gepresst und der Jugend die Kriegsvorbereitung als Einsatz für Frieden und Demokratie für andere Völker verkauft.

Die Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr müssen fallen! Die Beschlüsse einzelner Schulen gegen diese Vereinbarungen sind nur ein erster kleiner Schritt. Wir müssen zu einer breiten Antikriegsfront kommen. Es ist höchste Zeit!

„Das Jahr 2013 könnte ein Vorkriegsjahr werden wie das Jahr 1913, wo alle Menschen an Frieden glaubten, bevor der Krieg kam“: (Jean-Claude Juncker, Premierminister Luxemburgs, ehemals Vorsitzender der Euro-Gruppe, Kurier 13.1.2013)

Eberhard Enß
GEW-Vertrauensmann,
Käthe-Kollwitz-Schule, Offenbach

P.S. Ein neuer Werbespot der Bundeswehr spricht eine klare Sprache: <http://www.spiegel.de/video/bundeswehr-marine-wirbt-mit-skurillem-bananen-video-video-1280347-iframe.html#spVideoElements>

DAS EASYMETAL-PROJEKT IN HESSEN

Hintergrund „ECVET“

Allgemeine und berufliche Bildung sind für die Entwicklung der heutigen wissensbasierten Gesellschaft und Wirtschaft in Deutschland und Europa unverzichtbar. In einer sich rasch wandelnden Welt muss daher dem Lebensbegleitenden Lernen ein hoher Stellenwert eingeräumt werden. Es gilt, die Transparenz und Vergleichbarkeit von Zeugnissen, Zertifikaten und Bildungsabschlüssen zu erhöhen und die Methoden der gegenseitigen Anerkennung bzw. Anrechnung von beruflichen Qualifikationen und Kompetenzen zu verbessern.

Einen Beitrag dazu soll das Europäische Leistungspunktesystem für die berufliche Bildung (European Credit System for Vocational Education and Training – ECVET) leisten. Erworbene berufliche Kompetenzen sollen mit Hilfe dieses Systems so transparent dargestellt werden, dass Anerkennung und Anrechnung gefördert, mehr Durchlässigkeit zwischen den Berufsbildungssystemen innerhalb Deutschlands und Europa möglich und berufliche Mobilität unterstützt wird. Die Wege zur Umsetzung sind noch offen, weil es nicht einfach ist, das duale Berufsbildungssystem mit ECVET zu verzahnen. Erhalt des Berufsprinzips und keine Modularisierung sind Argumente, die gegen ECVET angeführt werden. Auf der anderen Seite kann ECVET genutzt werden, um Schnittstellen und Übergänge von einem Ausbildungsgang zum anderen zu erleichtern und die Anrechnung von erbrachten Lernleistungen bspw. aus dem sog. Übergangssystem in einen Ausbildungsberuf zu fördern.

Wie gelingt es, bereits erworbene Kompetenzen auf einen anderen Ausbildungsweg zu übertragen, ohne die Ganzheitlichkeit der Ausbildung zu gefährden? Kann ECVET hier hilfreich sein? Wie kann ECVET genutzt werden, um z.B. Jugendliche aus der Berufsausbildungsvorbereitung oder An- und Ungelernte auf dem Weg zum beruflichen Abschluss zu unterstützen? Fragen, auf die das EASYMetal Projekt versucht, eine Antwort zu geben.

EASYMetal - Europäisches Anrechnungssystem für Teilqualifikationen in den Metallberufen

Das Projekt EASYMetal wird von der EU im Rahmen des Programms Leonardo da Vinci und dem Hess. Wirtschaftsministerium gefördert (Laufzeit: 3/2011 – 8/

2013). EASYMetal arbeitet an der Schnittstelle zwischen Berufsausbildungsvorbereitung und dualer Berufsausbildung. Mit Hilfe eines Leistungspunktesystems soll die Durchlässigkeit zwischen Berufsausbildungsvorbereitung und dualer Ausbildung verbessert werden. Entwickelt und erprobt wurde das Verfahren am Beispiel von 7 Metallberufen. (Quelle: Broschüre zum Projekt)

Als hessische Berufsschule war die Werner-von-Siemens Schule in Wetzlar beteiligt. Um Näheres und auch Konkreteres zu erfahren verweise ich auf umfangreiche Veröffentlichungen in der speziellen Homepage zum Thema unter <http://easymetal.inbas.com>.

Stellungnahme zum Projekt

Da EASYMetal auch dazu beitragen soll, Partnerschaften zwischen zuständigen Stellen aus Deutschland und den europäischen Partnerländern aufzubauen sehe ich darin eine Chance nicht nur für Unternehmen, wie es offiziell von der Projektkoordination heißt, sondern auch und besonders für die Lernenden. Mit einem noch zu diskutierenden Punktesystem erhalten die Lernenden eine Art international hoffentlich anerkannte und gültige „gemeinsame Währung“ als Anerkennung ihrer bisherigen Bildungsgänge und Kompetenzen.

Die spannendste Frage wird allerdings nicht der Grad der Anerkennung sein, sondern letztlich zählt nur die wesentlich härtere **Forderung nach Anrechnung der Abschlüsse beim „Abnehmer“** (und das sind die Unternehmen), soll der Slogan „Keinen Abschluss ohne Anschluss“ nicht nur eine Mogelpackung für neue Warteschleifen sein. Hier sind in erster Linie die Unternehmen und die Kammern gefordert. Allerdings müssen zur Anrechnung auf duale Ausbildungsverhältnisse nachprüfbar und auch für die Unternehmen transparente Bildungsnachweise sichtbar werden. Diesem spannenden Prozess als eine lohnende Herausforderung in Sinne der betroffenen jungen Menschen sollten sich alle am Bildungsprozess Beteiligten wie Schulen, Unternehmen und die Gewerkschaften als Tarifpartner gemeinsam stellen. Hierzu könnte das Projekt EASYMetal einen sinnvollen ersten Anstoß geben, was während der Abschlusstagung im Juni 2013 in Bad Nauheim deutlich wurde.

Wolfgang Hill

Mitglied der GEW Landesfachgruppe Berufliche Schulen

IMPRESSUM

Herausgeber:

Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Hessen
Zimmerweg 12 • 60325 Frankfurt • Tel.: 069 / 97 12 930 • Fax : 069 / 97 12 93 93

Landesfachgruppe Berufliche Schulen -Vorsitzendenteam -

Layout:

Matthias Hohmann
Email: m.hohmann@gmx.net

Redaktion:

Dieter Staudt
Messeler Straße 3 • 64390 Erzhausen • Tel. : 06150 / 75 69 • Email: dstaudt@t-online.de

Ralf Becker
Tel.: 06142 / 838880
Email: r.becker.gew@gmx.de

Auflage: 4600

Druckerei:

Druckkollektiv GmbH
Gießen, Am Bergwerkswald

Das Urheberrecht für veröffentlichte Manuskripte und Fotos liegt ausschließlich bei der Redaktion. Nachdruck, auch auszugsweise, sowie Vervielfältigung oder sonstige Verwertung von Texten und Bildern darf nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers erfolgen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos übernimmt die Redaktion keine Haftung. Die Zustimmung zum Abdruck wird vorausgesetzt.

Leserbriefe werden bevorzugt entgegengenommen, können aus redaktionellen Gründen jedoch gekürzt werden.

„DER WEG ZUM ERFOLG IST EINE STÄNDIGE BAUSTELLE“ ODER „STER TROPFEN HÖHLT DEN STEIN“

Anfang Mai 2013 fand im Kultusministerium ein Gespräch zur Fachlehrerproblematik statt. Gesprächsteilnehmer waren der Leiter der Abteilung Berufliche Schulen mit zwei Mitarbeitern auf der einen Seite, auf der anderen Seite waren dies Vertreter/innen der GEW und der „AG - Netzwerk der Koordinator/-innen für Fachpraxis an beruflichen Schulen in Mittelhessen“.

Vier Kernpunkte wurden mit dem HKM diskutiert:

- ▶ Besoldung und unterrichtlicher Stundenumfang von 26 Stunden
- ▶ Weiterqualifizierungsmaßnahmen
- ▶ Aufgabenbereich der FLaTF
- ▶ Gleichstellung der Abschlüsse und den damit verbundenen Erwerb der allgemeinen Hochschulreife für die Abschlüsse in den Berufsfeldern „Gesundheit“, „Sozialpädagogik“ sowie „Wirtschaft und Verwaltung“.

fizierung, Besoldungsfragen und originäre Aufgabenbereiche“ im Herbst 2013 eine Arbeitsgruppe gebildet werden soll. Außerdem will das HKM bis dahin politisch-juristische Klärungen vornehmen.

Die Pessimistin in mir spürt die Barrieren und die Deklassierung. Das Studium wird immer

noch als „unübertrefflich“ angesehen. Beruflich erworbene Kompetenzen und Erfahrungen im sozialen Gefüge des Arbeitsplatzes oder der Arbeitsaufgabe sind meines Erachtens nach **gleichwertig**. Gerade in einer beruflichen Schule wird ein Facettenreichtum benötigt. Die Theorie ist nicht von der Praxis zu lösen und die Praxis nicht von der Theorie.

Wir sind *keine* Lehrkräfte der zweiten Klasse, was sich in unserem *Tun* an der Schule täglich bestätigt.

Christine Nagel
GEW-Fachgruppe
Berufliche Schulen



Resümee

Ehrlich gesagt fällt es mir schwer, diese Sitzung abschließend zu bewerten. Zwei Herzen schlagen in meiner Brust. Die Optimistin hofft auf die Zusage des HKM, dass bezüglich der Punkte „Weiterquali-



Symposium Berufsorientierung

Tagungsort: **Bürgerhaus Kleinlinden 35398 Gießen**
Tagungszeit: **9.30 Uhr – 17.00 Uhr**
Termin : **28.August 2013**



Tagungsverlauf:

- 09.30 Uhr: **Begrüßung**- Darlegung der Intention des Veranstalters
- 10.00 Uhr: Ausführungen zum Thema **Berufsorientierung** durch Ministerin Beer
- 10.30 Uhr: Wissenschaftlicher Vortrag zum Thema **Berufsorientierung** durch Frau Prof. Dr. Friese / Uni Gießen
- 13.30 Uhr: Kurzvortrag Frank Sauerland (Landesschulamt) zum Thema: **Berufsorientierung in der Aus-, Fort- und Weiterbildung**
- 13.50 Uhr: Vorstellungen berufsorientierender Maßnahmen:
SBO in Dillenburg; Das hessische Mittelstufenmodell
- 14.30 Uhr: Podiumsdiskussion zum Thema:
Welche Bedeutung haben die beruflichen Schulen für eine erfolgreiche Berufsorientierung an den allgemein bildenden Schulen?
Teilnehmer: Mathias Körner (DGB); Ralf Becker (GEW); Charlotte Venema (vhu); Friedrich Rixecker (IHK); Robert Herth (BBA der HK Rhein-Main); Thomas Hesse (Schulleiter Mittelstufenschule Marburg); Paul Allhäuser (Gewerbliche Schule Dillenburg)
- 16.00 Uhr: Fragen aus dem Plenum/Anmerkungen
- 17.00 Uhr: Ende der Veranstaltung

Veranstalter: Arbeits-Gemeinschaft der Direktorinnen und Direktoren an den beruflichen Schulen und den Studienseminaren für die beruflichen Schulen in Hessen. Gefördert durch XENOS.

Anmeldung über herlein@adolf-reichwein-schule.de.



Bildungskongress BeltzForum Lehren & Lernen 15.-17. November 2013 in Wolfsburg

Schwerpunktthemen:

- Lehren und Lernen auf neuen Wegen
- Unterrichtsentwicklung im inklusiven Schulsystem
- Motivation und kooperative Lernarrangements
- Classroom- und Disziplinmanagement
- Schüler/innen in sozialen Netzwerken
- Professionalisierung im Lehrberuf
- Lehrergesundheit und Resilienz

Näheres unter www.beltzforum.de